Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. **Bezugspreis** mt Haus 16.—31. Aug. 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. i. d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle, Leichenfeldstr. 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 65000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 400000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr arbeiten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 50 000 Mk. | **Donnerstag, den 30. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 202**

Der neue Noskeburs gegen das Proletariat

Haftbefehl gegen die Bezirksleitung der Berliner KPD.

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 30. August.**

Gestern morgen wurden weitere Mitglieder der Berliner Bezirksleitung unserer Partei verhaftet, und zwar die Genossen Schumacher und Kleinschmidt. Außerdem stellte sich heraus, daß gegen sämtliche anderen Mitglieder der Bezirksleitung mit Ausnahme derjenigen, die Inhaber von Abgeordnetenmandaten sind, Haftbefehle vorliegen. So erschien die Polizei gestern morgen bei dem Brandenburger Sekretär, Genossen Nawrocki, bei dem Kassierer der Berliner Organisation, Genossen Gohlke, bei dem Sekretär der Kommunistischen Jugend Groß-Berlins, Genossen Blenkle, um sie festzunehmen. Auch die Genossin Ruth Fischer wurde gesucht, wobei die Beamten einen Haftbefehl vorzeigten. Es befinden sich nunmehr insgesamt in Haft die Genossen Pfeiffer, Krylewicz, Redetzki, Schumacher, Kleinschmidt, Torgler und Genosse Jansen, der ebenfalls gestern verhaftet wurde.

Die Verhaftungen sind auf Denunziationen des „Vorwärts" zurückzuführen. Erst nachdem der „Vorwärts" Namen angab, die die Morgen-Ausgabe brachte, wurde der Haftbefehl gegen die noch auf freiem Fuß befindlichen Genossen erlassen.

Am kommenden Montag treten der Berliner Magistrat und die Stadtverordneten zu einer Sitzung zusammen. Man will verhindern, daß die kommunistischen Stadtverordneten an dieser Sitzung teilnehmen können. Den Bürgerlichen und Sozialdemokraten sind die Vertreter des Proletariats nicht willkommen.

Bei den Beschlagnahmen im Berliner Bureau in der Münzstraße hat man übrigens nahezu das ganze Bureau ausgeräumt. Sogar das Material, das dort noch von der alten USP.-Betriebsrätezentrale aus den Jahren 1919 und 1920 aufbewahrt wurde, ist beschlagnahmt worden. Die Polizisten nahmen einfach jedes Stück Papier mit, auf dem das Wort „Betrieb" in irgendeinem Zusammenhang auftauchte.

Natürlich ist es der Polizeiaktion nicht gelungen, auch nur eine Minute die Tätigkeit unserer Berliner Organisation lahmzulegen. An die Stelle der Verhafteten treten andere und jeder Genosse arbeitet doppelt, um dafür zu sorgen, daß das neue Noske-System sich noch schneller totläuft als das Noske-System Nr. 1 im Jahre 1919.

*

Nach den ersten Plänkeleien, den Verboten und Schikanierungen der kommunistischen Presse geht jetzt die Regierung Stresemann-Hilferding-Sollmann-Robert Schmidt im Bunde mit dem preußischen Minister Severing und dem sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Richter zum Generalangriff gegen die KPD. vor.

„Ein Schlag gegen die KPD.!" schreibt die „Deutsche Allgem. Ztg." heute morgen. Das Stinnesorgan jubelt über die neueste Heldentat Severings. An dem Erfolg des Generalstreiks, an der Tatsache, daß die revolutionäre Bewegung wächst, daß die Betriebe rebellisch sind und daß die KPD. mit ihrer ganzen Kraft bei den Massen steht, um wie 1918 den Kampf der hungernden Massen aus den Betrieben heraus zu organisieren, daran ist zwar nichts zu ändern. Aber einen Trost hat das kapitalistische Ausbeutergesindel: Severing, der Minister der Stinneskoalition, erweist sich als zuverlässig. Die kapitalistischen Beutegeier schnauben nach Rache für den Generalstreik, sie verlangen, daß die Bewegung der Großbetriebe erstickt werde. Sollmann und Severing willfahren ihnen. Die Verhaftung der Mitglieder der Berliner Bezirksleitung ist eine neue Gewalttat zur Durchführung des Stinnesprogramms in den Betrieben.

Noske hat nicht umsonst gearbeitet. Sein „Geist" und seine Methoden regieren die Stunde. Die brutale Gewalt will wieder ihre Organe in der Unterdrückung der hungernden und revoltierenden Massen feiern, die sich in unüberwindlicher Zahl um die hochwehende Fahne des Kommunismus scharen.

Ihr zwingt uns nicht! Alle Verhaftungen und Verbote der letzten Tage werden gegen die Schergen der kapitalistischen Koalitionsregierung mit ihren sozialdemokratischen Handlangern der Bourgeoisie anschlagen.

Man will den Kern der revolutionären Arbeiterbewegung, die Betriebsräte, lahmlegen. Es macht den heutigen Gewalthabern nichts aus, daß die Betriebsräte durchaus legale verfassungsmäßige Organe sind. Dennoch sucht man die Zusammenfassung ihrer oppositionellen Elemente zu verbieten.

Wir wissen, daß alles, was bisher gegen die oppositionelle Betriebsrätebewegung unternommen wurde: das Verbot des Reichsausschusses und des Berliner Fünfzehner-Ausschusses, die Beschlagnahmungen der „Roten Fahne", der „Jungen Garde", die Verbote der „Hamburger Volkszeitung", der Magdeburger „Tribüne", der Niedersächsischen und der Schlesischen „Arbeiterzeitung" sowie die Massenverhaftungen führender Kommunisten und Betriebsräte nur ein Vorspiel ist. Aber mögen Sollmann und Severing ihre Schergen wüten lassen, wie sie wollen. Mag man angebliche „Organisationspläne" veröffentlichen, mag man mit von Fälschungen strotzenden Schriftstücken, die den Stempel der Spitzelarbeit an der Stirn tragen, jonglieren, mag man noch so gemeine und brutale Mittel gegen die Kommunisten anwenden: die Kommunisten und die Massen in den Betrieben lassen sich nicht verblüffen.

Dem Zusammenbruch der Wirtschaft, der Not der Massen können auch die Sozialdemokraten mit Noske-Methoden gegen die revolutionäre Massenbewegung nicht Einhalt kommandieren. Hilferding kann wohl viel versprechen, aber nichts halten. Das ist heute schon bewiesen.

Stand der Dollar beim Antritt der Stresemann-Hilferding-Regierung auf drei Millionen, so steht er heute auf über acht Millionen. Kostete ein Brot 32 000 Mk., so jetzt 320 000 Mk. Ein Pfund Butter stieg von eine Million auf zwei Millionen. Ein Zentner Briketts von 1,7 Millionen Mark auf 3 Millionen Mark. Die Inflation geht weiter. Von 100 Mk. Ausgaben sind 1,5 Mk. durch Einnahmen, 0,7 durch laufende Einnahmen gedeckt, während selbst bei der Cuno-Regierung 2 Mk. gedeckt waren. Die schwebende Schuld verdreifachte sich in zehn Tagen.

Gegen die Not, gegen den Hunger und Zusammenbruch müssen die Arbeiter sich wehren. Wir wissen, daß es dabei ums Ganze geht. Die offizielle VSPD.-Führung ebenso wie der VDGB. werden weiterhin den Kettenhund der Bourgeoisie spielen — wir haben aus den Vorgängen der letzten Zeit hinreichend gelernt, jeder Situation gegenüber gewappnet zu sein.

Das revolutionäre Proletariat wird sich auf seinem revolutionären Vormarsch nicht irre machen lassen. Die Kommunistische Partei wird sich in jeder Situation taktisch so einstellen und stark zu machen wissen, wie es unser Ziel erfordert, dem wir vielleicht näher sind, als heute mancher glauben möchte. Wir warten nicht nur ab, wir arbeiten mit neuen verdoppelten und verzehnfachten Kräften. Kühnheit und Kraft, aber auch Klugheit und Beharrlichkeit, wird uns als Sieger durchs Ziel gehen lassen.

Die ganze Arbeiterklasse muß wissen, daß gerade jetzt die Interessen des gesamten Proletariats bei der verfolgten und kämpfenden KPD. am besten aufgehoben sind.

Sammelt Euch unter dem roten kommunistischen Banner! Blickt auf Rußland! Und die Welt wird Euer sein!

*

Kommunistenhatz im Musterländle

(Eig. Drahtb.) **Mannheim, 29. August.**

Die Ruhmestaten der sozialdemokratischen Polizeiminister Sollmann und Severing gegen die „Rote Fahne" und ihre Hatz auf oppositionelle Betriebsräte läßt auch den Regierungsgewaltigen Remmele im Musterländle nicht mehr ruhen. Vor kurzem hat er schon im Gebäude der KPD. in Mannheim haussuchen lassen. Nun hat er einen neuen Streich gegen die Kommunisten geführt, um zu beweisen, daß er den Polizeiministern in Bayern, Preußen in der Reichsregierung nicht nachsteht. **In Karlsruhe wurden unsere Genossen König, Bammert und Schmittekert von der politischen Polizei im Auftrage des Innenministeriums verhaftet und in das Amtsgefängnis gesteckt.**

Angeblich sind die Verhaftungen vorgenommen worden **wegen Uebertretung des Gesetzes zum Schutze der Republik!** Die drei Genossen sollen in einer Sektionsversammlung der KPD. in Karlsruhe Mühlburg am Samstag vor acht Tagen über den Ausbau der proletarischen Hundertschaften gesprochen haben.

Die Verhaftungen in Karlsruhe beweisen, daß der faszistische Kurs in Baden dem in Bayern in der Brutalität ebenbürtig ist.

Verhaftung eines Jugendgenossen

(Eig. Drahtm.) **Essen, 30. August.**

Die französische Besatzungskommandantur hat das Mitglied der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Joseph Ferry, verhaftet und eingesperrt.

Der Bezirkssekretär der KPD. Bremen verhaftet

(Eig. Drahtm.) **Bremen, 30. August.**

Der Genosse König, Bezirkssekretär der KPD., Bremen, wurde ohne Angabe von Gründen in seiner Wohnung verhaftet. Einige Stunden nach der Verhaftung Königs wurde im Bezirkssekretariat der KPD. durch Kriminalbeamte eine Haussuchung abgehalten. Die Kriminalpolizei hatte den Auftrag, die Plakate „Rettet Deutschland!" zu beschlagnahmen. Sie konnte aber keine finden und mußte unverrichteter Sache wieder abziehen.

Das Brot wird noch mehr verteuert

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 29. August.**

Die Reichsgetreidestelle hat die Tonne Getreide auf 40 Millionen Mark ab 3. September erhöht. Ab 3. September wird daher eine gewaltige neue Erhöhung des Markenbrotes eintreten. Die amtliche Mitteilung versucht sich orakelhaft über die Höhe auszudrücken und erklärt, daß das Markenbrot die Hälfte des Preises des marktfreien Brotes vom 22. August kosten wird. Das ist jedoch schon jetzt der Fall. Die amtliche Meldung stellt also eine Irreführung d[illegible]

Neue Milliardenhausse

Berlin, 30. August.

Am gestrigen Tage fand sowohl auf dem Devisen- wie auf dem Effektenmarkt eine neue Milliardenhausse statt. Der D[illegible] auf über acht Millionen Mark, trotz Abgaben der R[illegible] Nur 5 Prozent der gehandelten Devisen konnten zugeteilt werden.

Auf dem Effektenmarkt stiegen die einzelnen Papiere um Beträge, die 10 bis 15 Arbeiter in einer Woche verdienen. So stiegen Essener Steinkohlen um 440 Millionen, [illegible] 180 Millionen.

10 Uhr vorm.: Dollar 10100 000 M[illegible]

Die Diktatur der großkapitalistischen Minderheit

xyz. Die Regierung Stresemann-Hilferding hat sich offen zu diktatorischen Maßregeln bekannt. Diese Offenheit begrüßen wir Kommunisten. Daß nur noch diktatorische Maßregeln das Volk vor dem Zusammenbruch retten können, darüber gibt es von der äußersten Rechten bis zur Linken, bis zu uns, den Kommunisten, keinen Streit mehr.

Aber wozu die Diktatur? Und wessen Diktatur?

Die Regierung Stresemann-Hilferding hat prahlerisch diktatorische Maßregeln angekündigt gegen das Großbürgertum, das durch beharrliche Steuersabotage den jetzigen Ruin der Staatsfinanzen, der Mark, der ganzen Wirtschaft verschuldet hat.

Die Regierung Stresemann-Hilferding hat noch keine einzige diktatorische Maßregel gegen Großkapital und Großgrundbesitz ergriffen. Keine Konfiskation der Devisen — „freiwillige" Ablieferung unter eidesstattlicher Versicherung.

Inzwischen sinkt die Mark weiter ins Bodenlose, steigen alle Preise, voran Kohle und Eisen, die Monopolprodukte der großen kapitalistischen Konzerne.

Und inzwischen legt das Großkapital brutal Tausende von Betrieben still oder macht Kurzarbeit, um Steuern, Löhne und Gehälter zu sabotieren und die arbeitenden Klassen durch Hunger zur unbedingten Unterwerfung zu zwingen.

Keine Konfiskation von Lebensmitteln — indessen die Lebensmittelpreise täglich, ja, stündlich höher klettern!

Grenzenlose Diktatur des großindustriellen und großagrarischen Wuchers!

Diktatorische Maßregeln nur gegen die Arbeiterklasse, gegen die Klassenorgane, die Betriebsräte, die Kontrollausschüsse, die proletarischen Abwehrorganisationen, gegen die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunisten, gegen ihre Presse, gegen ihre Funktionäre, gegen ihre Mitglieder.

Fast tägliche Polizeiüberfälle und Beschlagnahme der „Roten Fahne" und anderer Blätter der KPD.

Täglich Haussuchungen und Verhaftungen von Vertretern der oppositionellen Betriebsräte und der Kommunistischen Partei.

Ganz eindeutig: Diktatur gegen die Arbeiterklasse! Ganz eindeutig, aber keineswegs offen, sondern feige, kleinlich-verlogen, hinterhältig.

Sie nennen es Diktatur innerhalb der Grenzen der Verfassung.

Die Verfassung, das ist der § 48, der die Verfassung außer Kraft setzt, der den Reichspräsidenten ermächtigt, zu „verordnen", was ihm beliebt. Der vermittelst des Reichspräsidenten die schwerindustrielle Räuberbande und ihre faszistischen Landsknechte, der die Seeckt und Geßler mit diktatorischer Gewalt gegen die Arbeiterklasse versieht.

Der Faszismus braucht die Macht nicht erst zu ergreifen, er hat sie schon zu Dreivierteln; unter dem Feigenblatt der verfassungsmäßigen Diktatur werden seine Befehle ausgeführt.

Verfassungsmäßige Diktatur . . . die heuchlerische, sich selbst vorleugnende Dreivierteldiktatur gegen die Arbeiterklasse, die der vollen Rechtsdiktatur nur noch einen Vierteschritt zu tun übrig läßt, die sie vorbereitet, organisiert, provoziert, unvermeidlich macht.

Die Heuchelei, die perfide Heimtücke — das ist der sozialdemokratische Anteil an der Diktatur, das ist der Charakterzug jenes Austromarxismus, der in [illegible] Rudolf Hilferdings die Befehle des Großkapitals ausführt und zugleich der sozialdemokratischen Arbeiterschaft demokratisch verkaufen muß.

„Verankerung der [illegible] in der Verfassung", hieß es einst.

„Verankerung [illegible] Diktatur in der Verfassung", heißt es jetzt.

Keine Aufhebung der Pressefreiheit, kein Pressenverbot — dafür tägliche Polizeiüberfälle und Beschlagnahmen ohne Begründung — es sei denn, [illegible] und die Paragraphen, die die Pressefreiheit [illegible] Zensur, aber der Versuch, sie mit der Polizeigewalt in der Hand zu erpressen.

[illegible] der Betriebsräte — aber das für die oppositionellen Betriebsräte, sich zu organisieren.

[illegible] Betriebsräte, die die kapitalistische Diktatur nicht anerkennen, stehen außerhalb der Verfassung.

[illegible] Betriebsräte, die nicht willig und gehorsam sind den sozialdemokratisch-bureaukratischen Kettenhunden der Bourgeoisie — für [illegible] Versammlungs- und Vereinsrecht aufgehoben.

[illegible]tatur der Mehrheit!"

[illegible] zehnmal notwendig, aber welche freche Lüge, die Diktatur Stresemann-Stinnes gegen die Arbeiterklasse dafür ausgeben zu [illegible]

Wer steht hinter dieser Regierung?

Eine Parlamentsmehrheit von 1920, die längst eine Volksminderheit geworden ist, wie der Sturz Cunos bewiesen hat, den nicht das Parlament, sondern das arbeitende Volk auf der Straße gerissen hat.

Eine Parlamentsmehrheit, die also von der Volksmehrheit bereits verworfen ist.

Eine Parlamentsmehrheit, die die Cuno-Politik solange mitgemacht hat, ausschließlich der Sozialdemokratie, bis aus der Tiefe ein Donnergrollen ertönte. Eine Parlamentsmehrheit also, die nur noch ein lebender Leichnam ist.

Eine Parlamentsmehrheit zudem, deren Parteianhänger gegen ihre Parteien rebellieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230830-11/fragment/page=0001

Die Deutsche Volkspartei im Parlament beschließt Devisenablieferung.

Die schweren und mittleren Industriellen der Deutschen Volkspartei beschließen — ist Unsinn, wird sabotiert, legen ihre Betriebe still, machen Kurzarbeit, geben der Mark einen Tritt nach dem andern.

Dasselbe bei den Industriellen, Bankiers, Großhändlern und Großgrundbesitzern des Zentrums und der Demokraten.

Und in der Sozialdemokratie?

Die Mehrheit der Parteimitglieder verwirft die Große Koalition. Beweis: die Weigerung des Parteivorstandes der VSPD., auch nur einen Parteitag einzuberufen.

Die aktive Mehrheit des Berliner Proletariats folgt der kommunistischen Führung, wie der letzte Streik bewies.

In der stärksten Gewerkschaft, bei den Metallarbeitern, wurden die Reformisten betäubend geschlagen.

Das genügt.

Was ist also diese „Diktatur der Mehrheit?" Die Diktatur der Minderheit der kapitalistischen Räuberbande samt ihrem Anhang von sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbureaukraten.

Diese Diktatur sucht sich durch Gewaltmaßregeln gegen die arbeitende Volksmehrheit zu halten. Die Geschichte — eine sehr kurze Geschichte — wird ihnen beweisen, daß diese Diktatur der Minderheit unhaltbar ist.

Die große Volksmehrheit wird ihnen das beweisen und ihnen den wahren Sinn der proletarischen Diktatur klarmachen.

Die Herren behaupten, die Kommunisten bereiten die Revolution vor. Die Revolution bereiten sie selber vor, indem sie aus Schwäche und mangelnder Einsicht immer tiefer in den Zusammenbruch hineinsteuern.

Die Verfolgung und Unterdrückung der Kommunistischen Partei und der Betriebsräte — zu der brutaler kapitalistischer Klassenegoismus und der beschränkte Bureaukratenegoismus der bankroten Führer des ADGB. und der VSPD. sich vereinigen —, welche Wirkung wird das haben?

Die Kommunistische Partei und die Betriebsräte wird keine Polizeiverfolgung an ihrer Arbeit der Volksaufklärung und -organisation hemmen können. Dazu sind sie schon zu stark.

Aber, und das ist das Verbrechen der verfrachten sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer — der Kampf gegen den Hunger, gegen die Steuersaboteure, für die Sachwerterfassung, für eine neue Ordnung zum Besten der arbeitenden Masse, der durch die Kommunistische Partei, durch die Klassenorgane des Proletariats mit einem Mindestmaß von Desorganisation und Kräfteverbrauch durchgeführt werden konnte, wenn Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich dafür einsetzen würden, wenn sie die proletarische Einheitsfront verwirklichen würden, dieser Kampf wird infolge des Widerstandes der VSPD. nur unter großen Opfern, unter großer Desorganisation durchgeführt werden können.

Selbst unter dem — ohnmächtigen — Wüten der Verfolgungen erklärt die Kommunistische Partei, daß sie jeden Augenblick bereit ist, jeden **wirklichen Schritt**, der aus dem Zusammenbruch herausführt zur Rettung der werktätigen Massen, mit aller Kraft zu unterstützen.

Daß sie bereit ist, zu einer wirklichen „Diktatur der Mehrheit" gegen die schmarotzende kapitalistische Minderheit jede Kraft heranzuziehen, die das will.

Daß sie also bereit ist, die notwendigen Maßregeln gegen das Großkapital mit einem Mindestmaß von Störung und Kräfteverlust durchführen zu helfen.

Erntet sie dabei Verfolgungen statt Hilfe — so wird die Diktatur der Volksmehrheit, die Diktatur der Schaffenden in Stadt und Land sich unter die Führung der Kommunistischen Partei begeben.

Die Massen der Sozialdemokratie haben bereits zum guten Teil sich entschieden.

Ihre Führer haben noch zu entscheiden, ob sie endgültig mit der Bourgeoisie ins politische Grab steigen wollen — oder ob es für sie noch eine Umkehr gibt.

Fahren sie fort, mit dem Mund von der Diktatur gegen das Kapital zu reden und tatsächlich die Diktatur gegen die Arbeiter auszuüben, fahren sie fort im dreiviertels-faszistischen Kurs, so wird nicht der ganze Faszismus, sondern der ganze Kommunismus sie ablösen.

Die Kommunistische Partei, indem sie für die Klassenorgane des Proletariats kämpft, kämpft gegen Elend, Hunger, gegen das Chaos.

Der Sieg aber gehört nicht der kapitalistischen Anarchie, er gehört der kommenden sozialistischen Ordnung.

Die Deutschnationalen fordern die Diktatur

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 30. August.

Die Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei traten am 28. August zu einer Besprechung über die politische Lage zusammen. Nach Referaten von Hergt, Helfferich, Schiele und Reichert wurde eine Entschließung angenommen, die in schärfsten Worten, allerdings unter geschickten Formulierungen, den Sturz der Stresemann-Regierung und die Schaffung einer nationalsischen Diktatur verlangt. Die Entschließung verlangt, daß alle Maßnahmen gegen den wirtschaftlichen Zusammenbruch (gemeint sind die neuen Hilferdinghschen Steuergesetze) getroffen werden.

74 Prozent Steigerung der Lebenshaltungskosten

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 30. August.

In der Woche vom 22. bis 29. August betrugen nach dem Lebenshaltungs-Index der „Roten Fahne" für ein Ehepaar mit zwei schulpflichtigen Kindern die Ausgaben, die notwendig sind, annähernd so wie in der Vorkriegszeit leben zu können:

Für Nahrung	42 068 900 Mk.
Für Kleidung, Wohnung, Fahrgeld, Gas usw.	39 645 400 Mk.
Für 8 Prozent Steuern	6 537 144 Mk.
	88 251 444 Mk.

Die Steigerung von 37,5 Millionen oder 74 Prozent gegen die Vorwoche beruht auf dem stetig anwachsenden Wucher in allen Lebensmitteln sowie auch der Erhöhung der Ausgaben für Kleidung, Schuhe, Leibwäsche, Schuhreparaturen, Heizung, Krankenkasse, Medikamente, Literatur usw.

Gegen die Vorkriegszeit sind die Lebenshaltungskosten um das 2 692 234fache gestiegen. Gemessen am proletarischen Existenzminimum für Groß-Berlin sind 100 000 Mk. nur noch 3,7 Pfennige. Berechnet nach einem Friedenslohn von 60 Pfennigen für die Stunde hat der Mindeststundenlohn 1 615 340 Mk. zu betragen.

Der Schwindelindex

Berlin, 29. August.

Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes ist die Teuerung der Lebenshaltung vom 20. August bis 27. August um 57 Prozent gestiegen. Die Reichsindexziffer, Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung, beträgt demnach für den Anfang der laufenden Woche 1 183 484 gegen 753 733 in der Vorwoche. Die Steigerung ist auf Grund der Preisnachweisung von 24 Städten errechnet worden.

Das Statistische Reichsamt will seinen Fehler, eine den Kapitalisten nicht genehme Steigerung errechnet zu haben, wieder gutmachen, indem es nun laufend völlig unzureichende, lächerlich geringe Steigerungen „errechnet".

Die Ernteaussichten günstig. Die Ernteaussichten werden als gut eingeschätzt. Man rechnet mit einem Roggenertrag von 18 bis 20 Zentner pro Morgen gegen 10 Zentner im Vorjahr auf gutem, auf 12 bis 14 Zentner gegen 3 bis 5 Zentner im Vorjahr auf minderguten Boden. Auch die Weizen-, Gerste- und Haferernte ist günstig. — Die günstigen Ernteergebnisse halten die Agrarier nicht ab, ihren Wucher fortzusetzen.

Produktionssabotage der Mansfeld A.-G.

(Eigener Bericht)

Eisleben, 29. August.

Am Dienstag fanden Verhandlungen der Betriebsvertretungen mit der Mansfeld A.-G. über Einschränkung der Belegzeit auf den Werken der Mansfeld A.-G. statt. Die Mansfeld A.-G. erklärte sich außerstande, die festgesetzten Löhne zahlen zu können, da bei den Lohnzahlungen 6 Billionen Mark pro Monat erforderlich seien und das Guthaben der Mansfeld A.-G. nur noch 2,4 Billionen bei den Banken betrage. Voraussichtlich werden ab nächster Woche 2—3 Feierschichten eingelegt.

Der Betrieb der Martinschächter Halde soll völlig stillgelegt werden. Die über 60 Jahre alten Arbeiter sollen Kurscheine fassen. Eine Anzahl Arbeiter soll auf den Klothildenschacht verlegt werden. Einer Anzahl Arbeiter wurde die Kündigung zugestellt. Auch der Betrieb auf dem Otto-Schacht Kreisfeld wird am 1. September stillgelegt.

(Eigene Drahtmeldung)

Eisleben, 30. August.

Die Mansfeld A.-G. war laut Aushang verpflichtet, am Mittwoch die noch rückständig verdienten Löhne auszuzahlen. Sie erklärte sich wegen Mangel an Kapital dazu außerstande. Die Lohnzahlung soll in beschränktem Umfange am Donnerstag erfolgen.

Die Unternehmersabotage im Ruhrgebiet

(Eig. Drahtbr.) **Essen**, 30. August.

Die Unternehmer fahren fort, die Produktion zu sabotieren. Der Mühlheimer Bergwerksverein hat die Pferde und die Preßluft aus den Schächten entfernen lassen, um die Arbeit unmöglich zu machen. Auf einigen Schächten gelang es den Arbeitern und Angestellten, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Verschiedene Zechenbesitzer sabotieren die Arbeit, indem sie nur die Hälfte des fälligen Lohnes auszahlen. Eine große Anzahl Arbeiter sind Gläubiger der Unternehmer. Die rückständigen Lohnsummen belaufen sich auf 45 bis 60 Millionen Mark.

Eine gemeinsame Sitzung der Essener Stadtverwaltung, der Gewerkschaftsvorstände und Betriebsbelegationen hat zu der Situation Stellung genommen. Nach Prüfung der Sachlage sah sich die Stadtverwaltung gezwungen, gemeinsam mit dem Bergarbeiterverband und der Union der Hand- und Kopfarbeiter folgende Forderungen aufzustellen:

1. Sofortige Wiedereröffnung der Gruben.
2. Wiedereinstellung aller Gemaßregelten.
3. Sofortige Auszahlung der rückständigen Löhne.

Eine Deputation der Stadtverwaltung hat sich persönlich von den Zuständen auf den Zechen überzeugt. Sie mußte anerkennen, daß die Schuld den Industriellen zufällt. Die Bergarbeiter versuchen weiterhin, Ordnung in das Chaos zu bringen. Sie werden aber durch die Besatzungsarmee größtenteils verhindert.

Ein Schurkenstreich der Gewerkschaftsbureaukratie

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 29. August.

Der „Roten Fahne" wurde folgendes vertrauliche Schreiben des Reichsarbeitsministeriums zum Abdruck zur Verfügung gestellt:

Der Reichsarbeitsminister. **Berlin NW 40, 26. Juli 23.**
Ruhrhauptreferent. Scharnhorststraße 35.
R.-Nummer 4374/23
Betrifft Empfang örtlicher Vertretungen der Gewerkschaftsorganisationen.

An
sämtliche Reichsministerien,
sämtliche Preußische Ministerien.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben bei der letzten Konferenz in meinem Amte erneut gebeten, die Reichs- und Landeszentralstellen möchten von dem Empfang von Vertretern örtlicher Gewerkschafts- und Arbeiterorganisationen absehen, soweit sie nicht von Vertretern der Gewerkschaftszentralen begleitet oder angemeldet seien, sie vielmehr in jedem einzelnen Falle, ohne sachliche Aussprache, an ihre hiesigen Zentralen verweisen. Sie haben weiter gebeten, **die Namen der Mitglieder unangemeldeter Abordnungen und, soweit dies möglich sei, den Ursprung ihrer Reisemittel festzustellen und die zuständigen gewerkschaftlichen Zentralen fernmündlich darüber zu unterrichten.**

Ich darf dringend bitten, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben bei dieser Gelegenheit auf Fälle hingewiesen, in denen Reichs- und Landesstellen örtlichen Vertretern ihrer Organisationen **weitergehende Zusicherungen** gemacht haben, als sie den Spitzenorganisationen bekannt waren. Es sei selbstverständlich, **daß die Autorität der Zentralen aufs äußerste gefährdet würde, wenn örtliche Stellen darauf hinweisen könnten, daß sie durch unmittelbaren Vortrag ihrer Wünsche bei Reichs- und Landesbehörden mehr erreicht hätten, als dies der gewerkschaftlichen Zentrale möglich gewesen sei.**

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben Abschrift dieses Schreibens erhalten.

In Vertretung:
gez. Dr. Geib.

Wir fragen: Ist auch noch ein hinterhältigerer Arbeiterverrat möglich, als hier — begangen von sogenannten Arbeitervertretern — zum Ausdruck kommt? Also, die mit einem Hundelohn abgespeiste, durch eine rasende Teuerung, durch Hunger und Elend zur Verzweiflung getriebene Arbeiterschaft schickt aus Betrieben in fast allen Städten des Reiches Delegationen zu Behörden, Ministerien, Parlamenten usw. zu dem Zweck, eine Besserung ihrer Lage herbeizuführen. Statt diese Arbeiterabordnungen zu unterstützen, kommen die Führer der Gewerkschaften her und betteln beim Arbeitsminister, daß er und die anderen Staatsbehörden keine Arbeiterdelegationen empfangen sollen, die nicht vorher den Segen der Gewerkschaftsführer bekommen haben. Wie das Schreiben zeigt, kam der Herr Minister diesem Wunsch dienstefrig nach, und zwar geschah das noch unter dem Cuno-Kabinett.

Noch mehr, die Bureaukraten begnügen sich nicht mit der Hintertreibung dieser Delegationen, sondern fordern den Minister auch noch zur Denunziation, zur Angabe der Namen der einzelnen Arbeiterdelegierten auf. Wahrscheinlich deshalb, um diese „Verbrecher" aus den Gewerkschaften zu werfen.

Am tollsten aber ist die Beschwerde der Bureaukraten darüber, daß den verschiedenen unteren örtlichen Vertretern ihrer Organisationen — gemeint sind die Arbeiterdelegationen — von den Behörden größere Zugeständnisse gemacht worden seien als den Spitzenorganisationen. Die Spitzen geben also hier selbst die Nützlichkeit und den teilweisen Erfolg derartiger Delegationen zu. Doch das ist das schlimmste, weil dadurch die breite Masse erkennt, wie wenig die leitenden Instanzen durch ihre Passivität erreichen. „Das darf nicht mehr vorkommen, lieber sollen die Arbeiter weiter verhungern, als daß wir übergangen werden", ruft die Bureaukratie.

Ueber den „Erfolg" ihres Bündnisses dürften Minister und Gewerkschaftsführer nicht lange im unklaren sein. Dringt der Schrei der Massen nicht mehr an Ministerohren und in verschimmelte Amtsstuben und Parlamente, so wird er um so aufrüttelnder zurückhallen in die Reihen des empörten Proletariats. Und die Heizer, die das letzte Sicherheitsventil verstopfen, fliegen in die Luft.

Die soziale Stellung des Mittelstandes

III

Die Vernichtung der deutschen Intelligenz

Die Proletarisierung des deutschen Mittelstandes, insbesondere die aller Beamtenschichten und die der intellektuellen Berufe ist hinreichend bekannt, als daß es noch notwendig wäre, sie zahlenmäßig besonders darzustellen. Solche Angaben zeigen nur, wie dieser Mittelstand neben den Opfern, welche die große Gesamtheit der Arbeitenden der „Inflation", diesem großen Raubzuge der in- und ausländischen Kapitalisten, mit ganz primitiven, aber äußerst rentablen Mitteln Extraprofite herauszuschlagen, bringen mußte, seinen besonderen Beitrag zu leisten hatte. Es ist die Tragödie der deutschen Intelligenz, die einem falsch verstandenen nationalen Ideal zu dienen glaubte und nicht sah, wie die skrupellose Herrenschicht diese Leichtgläubigkeit in ordinären Extraprofit ummünzte. In der allgemeinen Wirtschafts- und Währungszerrüttung Deutschlands von heute glaubte man die unmittelbare Ursache dieser Proletarisierung zu sehen. Aber die Gründe liegen tiefer und gehen auf Zustände zurück, wie sie sich bereits in der Vorkriegszeit vorbereiteten und auch durchgesetzt hatten. Immer breitere Massen von Menschen sehen sich von der unmittelbar persönlichen Verbindung mit den sachlichen Produktionsmitteln gelöst. Sie treten ihnen als fremde Elemente gegenüber und erscheinen schließlich an die Produktionsmittel nur angegliedert, wie sie, gesellschaftlich betrachtet, irgendein Zufall an diese Stelle bringt und ein anderer Zufall sie gerade wegreißen kann. Die einzelne Person ist zwar notwendig, damit diese Produktionsmittel in Gang gesetzt werden, aber infolge der leichten Möglichkeit, jede Person rasch auszuwechseln, ist für das glatte Funktionieren der Produktionsmittel nicht gerade eine **bestimmte** Person notwendig. Der Unternehmer, der in seinem Besitz fest wurzelt, stellt eine Kraft dar, deren Wirkungsraum sich weit über seine unmittelbare Person erstreckt und ihm ein Lebensgefühl nicht zu erschütternder Sicherheit gibt. Dem unselbständigen Beamten fehlt diese unmittelbare Beziehung zu einem sachlichen Besitz, der ihm eine ähnliche Stabilität verleihen könnte. Seine Existenz ruht auf einem **Vertragsverhältnis**, auf einer Beziehung zu anderen Personen. Für den Staatsbeamten besteht normalerweise Lebenslänglichkeit seiner Stellung, und sein Leben teilt sich für ihn ein nach der Möglichkeit, von einer niederen zu einer höheren Stelle aufzurücken. Er bezieht Geldentlohnung in der Gestalt eines Gehaltes und Altersversicherung in der Form einer Pension. Die Existenz eines Beamten ist also wesentlich an die Entwicklung eines abstrakten Geldwertes gebunden, auf die er keinen Einfluß hat. Auch die Existenz des privaten Angestellten wurzelt nicht in dem persönlichen Verbundensein mit Sachbesitz, auch seine ökonomische Basis ist ein Vertrag. Er unterscheidet sich von dem öffentlichen Beamten durch die Beschränkung des Vertrages auf Grund des Kündigungsverhältnisses, auf eine kürzere oder zumindestens unbestimmte Zeit, so daß er sein Leben nach solchen Zeitabschnitten einteilt. Je kürzer aber ein solcher grundlegender Zeitabschnitt ist, um so unsicherer ist das Existenzgefühl dieser Personen, um so stärkeren Erschütterungen und Wandlungen fühlen sie ihr Leben ausgesetzt. Sie haben den festen Zusammenhang verloren, den der Besitz gibt, ein blinder Zufall entscheidet über die Existenzdauer und die Existenzform. Bewirkt wird diese ökonomische Unstabilität durch ein allgemein unsicheres Lebensgefühl. Kennzeichnend für die Gegenwart ist die „Hast" des Lebens im Gegensatz zum ruhigen „behaglichen" Dasein des Kleinbürgers vergangener Zeiten.

Der Krieg und der ungeheuere ununterbrochen wirkende Umschichtungsprozeß der Nachkriegszeit hat bei den Massen des Mittelstandes und bestehende Bindungen zwischen Person und Besitz noch stärker auseinandergerissen, sie weiter „entwurzelt". Von der Entwicklung des Geldwertes ist, wie schon erwähnt, die Breite der Existenz des Beamten abhängig. Waren es früher Monate, Jahre, mit denen der Beamte entsprechend seines Vertragsverhältnisses als Zeiteinheit zu rechnen hatte, so hat die ungeheure, ununterbrochene Geldentwertung diese grundlegende Zeiteinheit in ihre kleinsten Teile zersplittert. Diese Schichten sind gezwungen worden, eine unfreiwillige Abenteurerexistenz zu führen. In ihrem Bewußtsein empfinden sie diesen Zustand als eine vollkommene Auflösung ihrer Existenz. Mit Versicherungen und Sparen hatten sie sich vorher gegen die immense kürzere Zeiteinteilung ihres Lebens, gegen die allgemeine Unsicherheit ihrer Existenzbasis gewehrt. Die Geldentwertung hat ihnen auch diese künstliche Möglichkeit, ihre grundlegenden Lebensperioden zu verlängern, genommen. Aus dem Strom von Beiträgen der Versicherten konnten die Versicherungs-Institutionen ein großes Sachvermögen sich anlegen. Die Geldentwertung ließ diesen Institutionen dieses Sachvermögen auch unangetastet und befreite sie überdies von der Verpflichtung, infolge der Geldentwertung die gesetzlichen Beiträge an die Versicherten dauernd zu entrichten. Betrogen worden ist nur die große Masse der kleinen Rentner, denen ihr Konsumtionsfonds, der sie über die Zeit ihrer Leistungsunfähigkeit hinwegbringen sollte, geplündert wurde.

Heute steht Deutschland vor einem neuen Zusammenbruch. Mit nationalen Phrasen von einem allgemeinen Widerstande gegen den Erbfeind und der Notwendigkeit zu opfern, zu entbehren, verdeckt die alte Herrenschicht ihren neuen schamlosen Raubzug auf die Taschen der verelendeten Schichten. Die deutsche Schwerindustrie und ihr Anhang hatten schon einmal unmittelbar am „Erbfeind" profitiert. Damals als nach dem Novemberzusammenbruch das „Reich", d. h. das große Heer der Kopf- und Handarbeiter, an die Trustherren märchenhafte Entschädigungen für ihren an Frankreich ausgelieferten Besitz zahlte. Den Ruhreinbruch verstehen dieselben Kapitalmagnaten nur als ein neues glänzendes Geschäft.

Eine Illusion nach der anderen mußte der deutsche Intellektuelle zu Grabe tragen. Seinen Traum von einem weltbeherrschenden Deutschland hat er mit der nationalen Versklavung und seiner sozialen und intellektuellen Deklassierung teuer genug bezahlt. Und seine Hoffnung, mit den Mitteln des Faszismus gegen die Arbeiterklasse und auf ihre Kosten aus seiner sozialen und nationalen Not sich zu erlösen, würde für ihn ein neuer Leidensweg werden, den er einer neuen Illusion zuliebe beschritten hätte. Wohl würde Ebert vergeben, aber Stinnes und Mendelsohn blieben bestehen. Die soziale Ordnung, die wahre Ursache der intellektuellen Not würde, unter stärkerer Hervorkehrung des Herrenstandpunktes, im wesentlichen unangetastet bleiben.

Jetzt hat die deutsche Arbeiterklasse, geleitet von der Kommunistischen Partei, die Führung im Widerstand gegen die unaufhörliche Ausbeutung der gesamten proletarischen und proletarisierten Massen übernommen. Illusionslos kann das deutsche Proletariat das Ziel seines Kampfes nicht weiter stecken, als zunächst die Befreiung der Nation von der ausbeutenden Herrenschicht semitischer und antisemitischer Färbung. Es muß aber auf dieses erreichbare Ziel sich mit der ganzen Wucht seiner Massenkraft konzentrieren und bedarf für seinen Erfolg zweifellos der Unterstützung des Heeres der Kopfarbeiter. Es ist ein dornenreicher Weg, der durch eine ganze Hölle von Feinden geht, der aber schließlich auch zur Befreiung von den fremdländischen Imperialisten führen wird und auf dem das deutsche Volk unter tausend Opfern seine neue Geschichte aufzubauen beginnt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230830-11/fragment/page=0002

Zur Lohn- und Preisfrage

Von Fritz Heckert (Berlin)

III

Der Goldlohn

Der Ruf nach dem Goldlohn nimmt seinen Ausgang nicht im Wunsch des Arbeiters, am Zahltage blanke Goldstücke zu erhalten, in deren Glanze er Freude empfindet. Wenn jetzt der Arbeiter einen Goldlohn fordert, so denkt er vielmehr daran, daß vor dem Kriege, als er den Lohn in Gold oder gegen Gold eintauschbare Scheidemünze erhielt, dieser wertbeständig war und nicht die üble Eigenschaft des Papiergeldes besaß, von Stunde zu Stunde wertloser zu werden. Der Arbeiter will also einen wertbeständigen Lohn, und die Forderung Goldlohn soll auch gar nichts anderes ausdrücken. Der Arbeiter hat sehr gut in Erinnerung, daß das Gold den Charakter der Wertbeständigkeit in einem sehr hohen Maße besitzt. Das Goldgeld war ein Währungsgeld. Schon der Begriff Währung drückt aus, daß es eine Eigenschaft ist, die während — — das ist Dauerhaftigkeit besitzt. Im Gegensatz zu solchem Gelde, das keine Währung hat und im Deutschen mit dem Ausdruck Scheidemünze belegt wird. Die Scheidemünze, das sagt ihr Name, ist eine Münze, die aus dem Kreise der Währungsmünze ausgeschieden ist, weil sie weniger wert geworden ist oder von vornherein einen geringeren Wert in sich trägt, als ihr aufgeprägter Wert anzeigt. Länder mit einer Goldwährung bringen im Währungsgesetz den Gegensatz von Währungsmünze und Scheidemünze zum Ausdruck. Zum Beispiel war in Deutschland niemand gezwungen, Beträge von über 20 Mark in Scheidemünze anzunehmen. Nur Beträge unter 20 Mark durften in Scheidemünze, alle anderen mußten in Gold gezahlt werden. Das Geldsystem brauchte diesen Schutz, um nicht in Unordnung zu geraten, denn in der Wirtschaft ist das Geld nicht nur ein Zahlungsmittel oder ein Zirkulationsmittel, es ist der Wertmesser. An ihm messen sich die Werte der Waren und drücken durch ihn ihren Preis aus. Ein solcher Wertmesser konnte das Gold nur deshalb sein, weil es selbst Wert repräsentierte, und zwar einen Wert, der stabiler war als der Wert aller anderen Waren. Das Gold ist nicht durch Zufall und von ungefähr Wertmesser geworden. Es verdankt seine Eigenschaft, Währungsmünze in der Welt geworden zu sein, seinem Charakter der großen Dauerhaftigkeit neben dem seiner Seltenheit. Natürlich ist auch der Wert des Goldes nicht unveränderlich, auch er steigt und fällt mit dem Steigen und Fallen seiner Produktionskosten, aber viele Jahre, wohl Jahrzehnte sind die Schwankungen in den Produktionskosten des Goldes so geringfügiger Natur gewesen, daß sie nicht imstande waren, große Preisverschiebungen oder gar eine Preisrevolution zu bewirken. Bis zum Ausbruch des Krieges war also das Gold als Wertmesser äußerst stabil, und der in Gold gezahlte Lohn trug einen wertbeständigen Charakter.

Mit Beginn des Krieges wird das anders. Das Gold wird als Währungsgeld offiziell entthront. An seine Stelle tritt das Papiergeld (Kassenscheine und Banknoten) mit Zwangskurs, und damit werden den Preisschwankungen Tür und Tor geöffnet. Die Periode des Währungsverfalls beginnt. Im Währungsgesetz war ausgedrückt, daß das Gold nicht ersetzbar ist durch andere, nicht ihren Wert repräsentierende Geldarten. Das Papiergeld, die Banknote, ist kein eigener Wert, sondern nur der Stellvertreter eines durch sie in der Zirkulation ersetzten Goldstückes. Das Goldstück war vorhanden, die Banknote trat nur an seine Stelle, um das Gold, den Wert vor Abnützung oder Verlustgehen zu bewahren. War der Besitzer der Banknoten nicht mehr gewillt, ihnen die Vertretung der durch sie bezeichneten Goldmünzen zu überlassen, so konnte er sofort die blanken Goldstücke an ihre Stelle treten lassen. Er brauchte nur auf der Reichsbank die Banknote zur Umwechslung vorzulegen. In dieser Möglichkeit, die Banknote jederzeit in Gold wechseln zu können, lag die Eigenschaft der Note, Wertvertreter des Goldes zu sein. Die allgemeine Benutzung der Banknote oder des Kassenscheins als Wertvertreter des Goldes brachte es mit sich, daß in vielen Köpfen die Anschauung entstand, das Papiergeld könne das Gold ersetzen. Die allermeisten Menschen hatten keine Ahnung von den Geheimnissen des Geldes. Als bei Ausbruch des Krieges das Papiergeld Zwangskurs erhielt, d. h. als die Reichsbank davon entbunden wurde, das Papiergeld bei der Präsentation sofort in Gold umzuwechseln, dachten nur wenige daran, daß damit der Verfall der Währung seinen Anfang genommen hat. Man glaubte allgemein, der Staat könne Geld aus Papier oder aus Gold machen, das sei ganz gleichgültig. Der aufgedruckte oder aufgeprägte Wert sei zurückzuführen auf eine von jeher willkürliche Handlung des Geldherstellers, des Staates.

So lange die Kriegswirtschaft andauerte und von Staats wegen die Preise der meisten Produkte bestimmt wurden, wurde diese falsche Annahme noch gestützt. Die hohen Preise fremdländischer Waren erschienen nicht als ein Gradmesser für die Entwertung unseres Geldes, sondern als eine besondere Tücke der Feinde bzw. der Raffgier der Neutralen, die uns ausplündern wollten. Behaupteten doch die deutschen Finanzminister und Bankdirektoren einschließlich der Doktoren der Nationalökonomie in der Sozialdemokratie, Wert oder Unwert unserer Papiervaluta hinge nur ab vom Siege der Waffen. In den von den Armeen besetzten fremden Gebietsteilen wurde auch nach diesem Grundsatz verfahren und unter Nichtachtung des Geldgesetzes alles durcheinander gebracht.

Mit der Beendigung des Krieges erfuhr man erst, daß in der primitiven Einstellung zum Geldproblem ein großer Fehler war. Die großen „Genies", die das Deutsche Reich in den letzten fünf Jahren regierten, haben sich aber keine Mühe genommen, das Geldproblem zu lösen. Sie haben vielmehr alle Gesetze der Goldwährung ignoriert und eine Finanzwirtschaft betrieben, wie sie nur ein betrügerischer Bankrotteur treiben kann. Bei ihrer Finanzschwindelpolitik rechneten sie nur mit der Dummheit bzw. mit der Geduld der großen Massen. Die Ergebnisse der deutschen Finanzpolitik sind die Vernichtung des Mittelstandes und die Herabdrückung des Reallohnes der Arbeitenden auf ein Viertel der Vorkriegszeit. Es ist ganz falsch, anzunehmen, daß an dieser Finanzwirtschaft alle Teile des Volkes gleichermeise leiden. Die kapitalistische Klasse, Industrieherren, Bank- und Börsenkapital, Agrarier, verstehen sehr wohl, dabei ihr Geschäft zu machen. Ueber den Zwangskurs des Papiergeldes lachten diese Leute nur. Sie fanden ihn sogar ausgezeichnet, um sich auf Kosten der Dummen zu bereichern. Sobald die Kapitalisten wieder auf den Weltmarkt traten, fanden sie auf dem Weltmarkt die alten Gesetze der Goldwährung in voller Geltung und mußten sich diesen anpassen. Sie reagierten auf diese auf dem inneren Markt mit der Forderung: Aufhebung der Zwangswirtschaft, Anpassung der Warenpreise an die Weltmarktpreise. Sie setzten die Erfüllung dieser Forderungen bald durch mit der Begründung, sie könnten nicht existieren, wenn sie sich nicht den Bedingungen des Weltmarktes unterwerfen würden. Das war auch ganz richtig. Aber von der Anpassung der Löhne an die Weltmarktpreise wollten und wollen sie nichts wissen. Sie sagen, die Anpassung der Löhne an den Weltmarkt sei nicht möglich, das ertrage die kranke deutsche Wirtschaft nicht. Dabei finden sie die Zustimmung der Sozialdemokraten.

Die herrschende Klasse in Deutschland hat das ganze Geldsystem außer Rand und Band gebracht. Eine Währung gibt es nicht mehr. Das Papiergeld hat kein wirtschaftliches Fundament unter sich. Bewußt bringt die herrschende Klasse Staatseinnahmen und Staatsausgaben nicht in Einklang miteinander. Der unerhörteste Steuerbetrug ist an der Tagesordnung. Im Monat Juni betrugen die Staatseinnahmen nur 2 Prozent der Staatsausgaben. In der zweiten Junidekade wurden 6½ Billionen neues Papiergeld in die Zirkulation gebracht. Diese beiden Tatsachen zeigen deutlicher als alle theoretischen Untersuchungen, daß das von der deutschen Regierung hergestellte Papiergeld ganz wertlos ist und daß sein voller Betrag wertvermindernd wirkt. An diesen für das Geldwesen katastrophalen Zustand kann keine Quacksalberei mehr helfen, sondern nur die Beseitigung der jetzigen Finanzwirtschaft, der Sturz der Bankrotteure und der Aufbau einer anderen Geldordnung. Der sozialdemokratische Quatsch, daß die Einführung eines wertbeständigen Lohnes durch die jetzige Regierung oder unter Mithilfe derselben möglich sei, ist nur eine Irreführung der breiten Massen. Daß die kapitalistische Regierung das Finanzwesen so in Unordnung gebracht hat, rührt nicht aus ihrer Unfähigkeit her, das ist vielmehr ein bewußtes Spiel. Erstens glauben die deutschen Kapitalisten, durch diese Finanzwirtschaft sich ihrer Reparationsverpflichtungen entziehen zu können, und zweitens ist sie ihnen ein geeignetes Mittel, sich vom Steuerzahlen zu drücken, eine Konfiskation der letzten Reste des Besitzes des Mittelstandes vorzunehmen, und wirkt drittens als eine indirekte Steuer auf die Arbeiterklasse, deren Erträgnisse unvermittelt in die Taschen der Großkapitalisten fließen.

Alle Reformen an diesem Zustande können nichts ändern. Sie sind weniger als den Bären waschen, ohne sein Fell naß zu machen. Hier muß gründlich ausgeräuchert werden.

Kann den Arbeiter die Forderung nach Goldlohn oder die Durchsetzung derselben Erlösung aus der Lohnmisere bringen? Wir Kommunisten haben schon öfter gezeigt, daß das nicht der Fall sein kann, solange die kapitalistische Regierung steht. Hier wollen wir die Hindernisse der Einführung des Goldlohnes bzw. seiner Einführung als Rechenlohn aufzeigen.

1. Durch die Außerkraftsetzung des Goldes als Währungsgeld in den kriegführenden Staaten Europas wanderte das Gold, mit dem man während der eingeschränkten Warenproduktion für den Weltmarkt seine Käufe zahlen mußte, zum größten Teil nach Amerika, — 80 Prozent des Weltgoldes befindet sich in diesem Lande. Das ist viel mehr als der amerikanische Warenmarkt in seiner Zirkulation von dem kostbaren Metall gebrauchen kann. Die Kaufkraft des Goldes ist durch diese Anhäufung gesunken, während gleichzeitig durch mannigfache Umstände die Produktionskosten der meisten Waren sich gehoben haben. Man rechnet mit einer Weltteuerung von 70 Prozent. D. h. auf dem Weltmarkt muß jetzt für ein gewisses Quantum von Waren, für die man vor dem Kriege 100 Mk. in Gold zahlte, jetzt 170 Goldmark gezahlt werden. Schon diese Tatsache zeigt, daß ein Goldlohn in der Vorkriegszeit nicht ausreichen würde, um den damaligen Lebensbedarf zu decken.

2. Durch die Ausschaltung des Goldes als Währungsgeld sind die Kontrollmöglichkeiten der Warenpreise an einem einheitlichen Wertmesser auf dem inneren Markte aufgehoben. Da außerdem die deutsche Regierung den Goldpreis ganz willkürlich festsetzt, in der letzten Juliwoche im Goldzollaufschlag die Goldmark mit 41 000 Papiermark im Goldankaufspreis der Reichsbank mit 27 000 Papiermark, im Umrechnungsschlüssel des Wirtschaftsministeriums mit 28 000 Papiermark, während sie nach den Dollarkurs ungefähr 85 000 Mark bewertet, — ist gar kein kontrollierbares Verhältnis zum wirklichen Goldpreis mehr vorhanden. In den in Deutschland zur Anwendung gebrachten Goldpressen gibt es keinen reellen Wertmesser.

3. Würde zur Feststellung des wirklichen Goldpreises nicht die unter 2 erwähnten falschen Goldpreise Verwendung finden, sondern der amerikanische Dollar oder das englische Pfund, so ist wiederum durch die Devisenordnung und den „berühmten" amtlichen Kurs des fremden Geldes kein Maßstab gegeben. Gleichzeitig aber würde dem neuen Schwindel zur Verheimlichung des wahren Charakters unseres Geldes (Devisenordnung) der größte Anreiz verschafft.

4. Die Einführung des Goldlohnes würde eine plötzliche Anpassung der deutschen Wirtschaft an die Bedingungen des Weltmarktes voraussetzen. Ein ungeahntes Durcheinander würde eintreten. Es ist nicht möglich, eine Wirtschaft, die neun Jahre nach anderen Bedingungen als denen des Weltmarktes arbeitete, in kurzer Zeit ohne Katastrophe den Gesetzen des Weltmarktes entsprechen. (Manche Kapitalisten wünschen dieses Chaos allerdings, weil sie hoffen, eine solche gewaltsame Einrenkung der Wirtschaft könne vollständig auf Kosten der Arbeiterbevölkerung geschehen.)

5. Haben wir in der deutschen Wirtschaft im Laufe der letzten Monate sonderbare Wechselerscheinungen gesehen. Zweimal standen die Warenpreise beträchtlich unter den Goldpreisen und nach wenigen Wochen war das Verhältnis ein ganz umgekehrtes.

6. Würde man aber zur Feststellung des Goldpreises sich nicht an die Manipulationen der deutschen Kapitalisten und ihrer Regierung halten, sondern an eine ausländische Währung, z. B. den Dollar, dann machte man den Lohn des Arbeiters abhängig von den Spekulationen der Amerikaner. Wenn auch gegenwärtig die deutsche Inflation durch die Notenpresse den Wert der Papiermark an der Neuyorker Börse bestimmt, so sind doch schon Zeiten gewesen, in denen die amerikanischen Spekulationen den Wert der Papiermark nach Belieben herauf- oder herabsetzte je nachdem es die Wirtschaftsinteressen dieses Landes oder die besonderen Interessen seiner Börsenspekulanten erforderten.

Welche sonderbaren Sprünge möglich sind, zeigt sehr anschaulich die Bewegung der Dollar- und Warenpreise in der Woche vom 17. bis 23. Juni 1923. Die Warenpreise am Montag gleich 100 000 gesetzt bei einem Dollarstand von 180 000, veränderten ihr Verhältnis bis zum folgenden Sonnabend: Warenpreise 180 000, Dollar nur 110 000. Wenn auch solche Sprünge nichts alltägliches sind, so haben wir sie doch schon öfters in den letzten Jahren gehabt.

Aus dem Angeführten geht hervor,

a) solange Deutschland nicht zur Goldwährung zurückgekehrt ist, und seine Wirtschaft sich noch nicht nach den Bedingungen des Weltmarktes orientiert hat, ist der Goldlohn nicht möglich, auch nicht als Rechenbasis.

b) Die deutsche Regierung kann und wird nicht zur Goldwährung zurückkehren, weil der herrschenden Klasse damit die Möglichkeit des Steuerbetrugs und der Konfiskationen in den unteren Klassen genommen würde, die einzig beiden großen Verdienstmöglichkeiten, die der bankrotte deutsche Kapitalismus noch hat.

c) Die Arbeiter haben aber selbst gar kein Interesse daran, die Wirtschaft nach den alten Bedingungen des kapitalistischen Marktes zu orientieren. Die Wiederherstellung des Vorkriegszustandes in der Wirtschaft mit den unerhörten Differenzierungen der Arbeitslöhne ist kein Ideal.

Unsere Parole um den Friedensreallohn ist viel vollständiger und entspricht den Interessen des Proletariats viel mehr als die Parole Goldlohn, die neue Illusionen erweckt und doch nur Enttäuschungen bringen kann. Der Kampf um den Friedensreallohn schließt den Kampf um den Sturz des Finanzschwindelsystems in Deutschland ein. Nicht mit und durch die jetzige Regierung kommen die Arbeiter zu einem wertbeständigen Lohn, sondern nur im Kampf gegen sie. Erfassung der Sachwerte, ein neues die Besitzenden belastendes Steuersystem, Kontrolle der Produktion und Arbeiter-Regierung sind unbedingte Voraussetzungen zur Beseitigung des Lohnbetruges. Sie sind aber auch Etappen, um die deutsche Wirtschaft wenigstens teilweise von den Wellenschlägen der kapitalistischen Krise auf dem Weltmarkt freizumachen, und ermöglichen die ersten Schritte auf dem Wege zu einer Planwirtschaft mit der Grundlage der Bedarfsdeckung.

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches

Sie sichert dem einzelnen Kapital und Zins entsprechend dem jeweiligen Stande des Dollars.

Keine Börsenumsatzsteuer – keine Erbschaftssteuer für das selbstgezeichnete Stück.

Beste Anlage auch für kleine Beträge. *472

Die „vernichtete Existenz" der Großagrarier

Die Landwirtschaftskammer Halle nahm in einer Notsitzung zu den neuen Steuergesetzen Stellung. In einem Beschluß heißt es, nachdem gegen „die panikartig verabschiedeten Steuergesetze" die stärksten Bedenken privat- und volkswirtschaftlicher Natur erhoben worden sind, u. a.:

„Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse müssen die hohen und in kurzen Zwischenräumen fälligen Steuerlasten existenzvernichtend auf die Betriebe in der Landwirtschaft wirken. Sie erschöpfen nicht nur restlos den Betriebsmittelfonds, sondern sie machen auch Eingriffe in die Vermögenssubstanz innerhalb einer so kurzen Zeit nötig, daß die rechtzeitige Erfüllung der steuerlichen Forderungen unmöglich gemacht wird. Die Folgen dieser einschneidenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft sind vorauszusehen: Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion durch die Unmöglichkeit der Beschaffung ausreichender Mengen künstlicher Düngemittel. Abermalige Preissteigerungen auf allen Gebieten, neue Gehalts- und Lohnforderungen und weitere Verstärkung des Zahlungsmittelumlaufs stehen unbedingt bevor."

Die Existenz der Arbeiterschaft ist schon längst vernichtet, in die Substanz der einzigen Vermögens, da jene Arbeiterschaft besitzt, in die Arbeitskraft, sind schon große Eingriffe gemacht worden, während die Landbesitzer nach dem Urteil der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Käthe Schirrmacher „gut leben und ihre Besitzungen schuldenfrei gemacht haben".

Der Regierung Stresemann-Hilferding wird offen die Steuersabotage angedroht und wenn sie nicht nach der Pfeife der Agrarier tanzt, die Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion, d. h. die Aushungerung des Volkes. Die Herren Sollmann und Hilferding, die die Berliner Bezirksleitung der KPD. verhaften lassen, werden natürlich diesen gemeingefährlichen und verbrecherischen Plänen der Großagrarier, die ja die „treuesten Stützen des Staates" sind, nachgehen und alle Wünsche dieser Volksausplünderer erfüllen, denn dazu sind sie ja Minister.

Die Arbeiterschaft erfischt aber aus diesen sauberen Plänen, daß die Agrarier ungestört die Volksernährung sabotieren dürfen. Wie lange noch wird sie sich diese Frechheiten gefallen lassen? Als die russischen Unternehmer und Agrarier die Produktion zu sabotieren begannen, jagten die Arbeiter sie zum Teufel oder hingen sie auf und nahmen die Produktion und die Staatsmacht selbst in die Hand.

Die Beamtenhetze geht weiter

Unter Führung des Hauptorgans von Stinnes, der „DAZ.", geht die systematische Pogromhetze gegen die Beamten in der gesamten Presse, von der „Kreuzzeitung" bis zu den sozialdemokratischen Kieselblättern vom Schlage des „Volksblattes" weiter. Den ersten Erfolg haben die Blochbrüder schon erzielt. Wie das „B. Z." meldet, liegt schon eine Gesetzesvorlage, durch die die Vorauszahlung der Beamtengehälter aufgehoben wird, vor. Das würde für die große Mehrzahl, für die Hunderttausende von unteren Beamten eine weitgehende Verschlechterung ihrer Lage bedeuten. Keine der vielen Zeitungen, die sich an der Stimmungsmache gegen die Beamten beteiligen, bringt ein Wort darüber, wie in Zukunft die dauernd unterbezahlten Schichten eine existenzmögliche Entlohnung bekommen sollen. Der bürgerlichen Presseklaks ist selbstverständlich bekannt, daß die Gehaltssätze für die unteren Klassen viel zu niedrig und daß sie nur leben können, weil ihnen Vorausbezahlung gestattete, sich mit Kleidung, Lebensmitteln usw. auf ein paar Wochen im voraus einzudecken, wodurch sie von der Geldentwertung nicht so sehr betroffen wurden. Fällt dieser kleine Vorteil weg, dann müssen die schlechtbezahlten Beamten unbedingt sofort eine Erhöhung ihrer Bezüge erhalten. Doch der bürgerlichen Pressemeute ist es gar nicht um eine gerechte Lösung der Frage zu tun, sondern sie will den Beamtenhaß in der Bevölkerung schüren, um die Stinnes-Republik am Leben zu erhalten und die nötige Stimmung für die geplanten Massenentlassungen zu erzeugen.

Den unteren Beamten, von denen anläßlich des Generalstreiks vor 14 Tagen viele nicht wußten, wo sie hingehören und daß sie nur im Kampf mit den revolutionären Arbeitern zusammen ihr Los verbessern können, wird jetzt durch die Wucht der Tatsachen eingehämmert, daß jede kapitalistische Regierung, ob Cuno oder Hilferding-Stresemann, ihr schärfster Klassenfeind ist. Auch für sie ist nur eine Regierung der Arbeiter und Bauern der einzige Ausweg.

Verbot des Sedanrummels in Sachsen

(Eig. Drahtm.) **Dresden, 30. August.**

Das sächsische Staatsministerium hat die zur Feier des Sedantages im Freistaat Sachsen geplanten Veranstaltungen verboten. Die Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge sind auf Grund des Artikels 123, Absatz 2 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 und die Versammlungen in geschlossenen Räumen auf Grund des § 1, Absatz 2 des Reichsgesetzes vom 19. April 1908 verboten. Zur Begründung wird erklärt:

Nach den jüngsten Kundgebungen der Hitler-Anhänger in München und im übrigen Deutschland sei die Besorgnis begründet, daß diese den Tag benutzen werden, um die Arbeiterschaft zu reizen und Zusammenstöße mit ihr herbeizuführen.

Wenn schon die Arbeiterschaft geschützt werden soll, dann muß sie verlangen, daß ihre Veranstaltungen, die sich gegen die Hitlerbanden wenden, gestattet werden.

Eine Brandnote Mussolinis an Griechenland

Rom, 30. August.

In Albanien wurde die italienische Militärmission ermordet. Aus diesem Anlaß wurde der italienische Gesandte in Athen beauftragt, eine Note zu überreichen, in der Italien folgendes fordert: 1. Entschuldigung in ausführlicher amtlicher Form an die italienische Regierung, die durch die höchste griechische Militärbehörde der italienischen Gesandtschaft in Athen zu übermitteln ist. 2. Feierlicher Trauergottesdienst für die Opfer des Mordes in der Athener katholischen Kirche in Gegenwart aller Regierungsmitglieder. 3. Ehrenbezeugung für die italienische Flagge durch die griechische Flotte im Piräus vor einer Flottendivision, die sich zu dem ausdrücklichen Zweck dorthin begeben wird. 4. Die strengste Untersuchung soll von den griechischen Regierungsbehörden vorgenommen werden und innerhalb fünf Tagen nach Annahme dieser Forderungen durchgeführt werden. 5. **Die Todesstrafe für alle Schuldigen.** 6. **Eine Entschädigung von 50 Millionen italienischer Lire, zahlbar innerhalb fünf Tagen** nach der Ueberreichung dieser Note. 7. Militärische Ehrenbezeugung vor den Leichen der Ermordeten während der Einschiffung auf einem italienischen Schiff in Trevesa. Die italienische Regierung fordert, daß Griechenland in kürzester Zeit antwortet.

*

Zu dieser Meldung gibt die „Vossische Zeitung" eine Meldung der römischen „Tribuna" wieder, wonach ein Teil der italienischen Schlachtflotte, der für die Abhaltung der alljährlichen Flottenmanöver in den Gewässern von Tarent liegt, von Rom aus den Befehl zu erhalten hat, die Manöver abzubrechen und sich in voller Kriegsausrüstung zur Abfahrt mit versiegelter Order bereitzustellen. — Das Vorgehen Mussolinis gegen Griechenland gleicht aufs Haar der Note, die die österreichischen Brandstifter im Juli 1914 an Serbien richteten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230830-11/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Bezirksreferenten. Sonntag, den 2. September, vormittags 10 Uhr, in der Produkt.-Genossenschaft.

Alle Kommunisten der Betriebe Zimmermann, Staffenhagen, Weise & Monski, Dienstag, den 4. September, gleich nach Arbeitsschluß in der Prod.-Gen.: **Wichtige Besprechung.**

Fraktion der Schuhmacher und Lederarbeiter. Freitag, den 31. August, abends 8 Uhr, in der Produkt.-Gen.: **Wichtige Sitzung.**

Kommunistische Maler, Lackierer- und Anstreicher erscheinen am Sonnabend, dem 1. September, abds. 8 Uhr, zu einer **wicht. Besprechung** in Teichmanns Restaurant.

Kommunisten des Leuna-Werks. Freitag, den 31. August, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Wichtige Besprechung.** Parteibuch mitbringen.

Distrikt 7. Hundert- und Zehnerschaftsführer treffen sich am Freitag, dem 31. August, abends 7 Uhr, in der „Terrasse".

Distrikt 8. Sonnabend, den 1. September, abends 7 Uhr, in der Prod.-Gen.: **Versammlung.** Zehner- und Hundertschaftsführer haben restlos zu erscheinen. Alle kassierten Gelder müssen abgerechnet werden. Die Frauen sind zur Versammlung mitzubringen.

Distrikt 9a. Freitag, den 31. August, abends 8 Uhr, im „Thüringer Schlößchen": **Distriktsversammlung.** Hundert- und Zehnerschaftsführer eine Stunde früher. Referent anwesend.

Distrikt 11. Donnerstag, den 30. August, abends 8 Uhr, im „Braustübl", Freiimfelder Straße: **Distriktsversammlung.** Funktionäre erscheinen 1 Stunde früher. Referent anwesend.

Oberbezirk Ost. (Distrikte 11, 12, 13. 13a, 22.) Freitag, den 31. August, abends 8 Uhr, im „Hardenberg-Kasino", Ecke Hardenberg- und Dessauer Straße: **Mitgliederversammlung.** Referent anwesend.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: **Volksbuchhandlung,** Harz 42/44.

Mansfelder Gebirgskreis

Burgörner. Freitag, den 31. August, abends 7 Uhr: **Sehr wichtige Funktionärsitzung.** Alle Mitglieder der Kreisleitung haben unbedingt zu erscheinen. Referent ist anwesend.

Kreis Bitterfeld

Zörbig. Sonnabend, den 1. September, abends 8 Uhr, im „Dorotheenhof": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Sonnabend, den 1. September, abends 8 Uhr, im „Lindenhof": **Großes Internationales Meeting.**

Kreis Torgau

Annaburg. Sonnabend, den 1. September, abends 8 Uhr: **Oeffentlicher Vortragsabend.** Referent: Gen. O. Kilian, Halle.

Plössig. Sonnabend, den 1. September, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Gen. Holzweißig, Torgau.

Naundorf. Sonntag, den 2. September, nachmittags 3 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Referent Gen. Holzweißig, Torgau. Anschließend eine sehr wichtige **Mitgliederversammlung.** Das Erscheinen aller Genossen ist dringend notwendig.

Kreis Naumburg

Naumburg. Sonntag, den 2. September, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn": **Große öffentliche Versammlung.**

Kreis Sangerhausen

Wallhausen. Sonnabend, den 1. September, abends 8 Uhr, im „Ratskeller": **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Gen. O. Müller, Halle.

Blankenheim. Sonntag, den 2. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Wendt: **Oeffentliche Versammlung.** Refernt: Gen. Schütze, Oberröblingen.

5 Tage

beträgt die Zahlungsfrist für die Rechnungen der Bezirks-Zentral-Buchhandlung, sonst werden die ausgestellten Rechnungen ungültig und Rechnung wird nach der neuen Schlüsselzahl umgebucht.

«Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa»

U.T. Leipziger Straße 88. Fernruf 1224.
Ab morgen, Freitag, den 31. August 1923:
Auf allseitigen Wunsch!
Henny Porten
in dem Meßter-Film der „Ufa":
Die Fahrt ins Blaue
Lustspiel in 4 Akten von H. Fredall u. H. Kräly.
Regie: Rudolf Biebrach.
Vorführung: 5.00 7.15 9.30.
Der große Nordick-Film der „Ufa":
Das verkaufte Herz
Filmschauspiel in 5 Akten.
3766] Vorführung: 4.00 6.10 8.20.
Beginn: Sonntags 3, wochentags 4 Uhr.

W.T. Walhalla-Lichtspiel-Theater
Ab morgen, Freitag, den 31. August 1923:
Riesen-Doppelprogramm! Riesen-Doppelprogramm!
Die verlorene Stadt
(Lost City).
Großes Original-amerikan. Raubtier- und Sensationsdrama in 3 Teilen. 18 Akte. 18 Akte.
1. Teil (6 Akte): Im Reiche der Krokodile.
Aus dem Inhalte: Im Löwenzwinger gefangen. — Die Flucht aus demselben mittels Flugzeugs. — Im Dorfe der hängenden Kürbisse. — Den Krokodilen preisgegeben. — Die Errettung durch den Elefanten Momba.
Vorführung: 4.00 6.35 9.15.
Der glänzende Kriminal-Sittenfilm:
Piraten der Schönheit
5 Akte mit Heinrich Peer, Maria Forescu.
Vorführung: 5.20 8.05.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr.

U.T. Alte Promenade 11a. Fernruf 1224.
Ab morgen, Freitag, den 31. August 1923:
Auf allseitigen Wunsch! Auf allseitigen Wunsch!
Ossi Oswalda
in dem Union-Film der „Ufa"
Die Puppe
Eine lustige Geschichte aus einer Spielzeugschachtel in 4 Akten :: :: Regie: Ernst Lubitsch.
Vorführung: 5.10 7.25 9.40.
Der prachtvolle Union-Film der „Ufa"
Nora
Ein Puppenheim. 6 Akte nach dem Bühnenwerk
Henrik Ibsens
Mustergültig ist die Besetzung mit Olga Tschechowa, Fritz Kortner, Anton Edthofer. Ernste und amüsante Bilder wechseln in wohlabgewogener Reihenfolge ab.
Vorführung: 4.00 6.10 8.20.
Beginn: Sonntags 3, wochentags 4 Uhr.

«Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa» «Ufa»

Wie Pilze aus der Erde

strömen der KPD. neue Mitglieder zu und bestellen zugleich die größte politische Tageszeitung Mitteldeutschlands, den „Klassenkampf". In den ersten Tagen des September beginnen wir mit dem Abdruck eines neuen berühmten Romans: „Das Metall der Toten" von Concha Espina.

Thalia-Theater.
Sonntag, abends 7½ Uhr [3768
„Dyckerpotts Erben"
Komödie von Robert Grötsch.

Drei Könige
Nur noch kurze 3771 Zeit:
Max Bemmann, Joe Sunder, die gr. Kanonen.

Burg-Theater
Freitag bis Sonntag:
Der amerikanische Teufel der Wolken.
6-Akter. 3769
Fliegersensation.
Der amerikanische Wunderaffe.
— 2-Akter. —

Kein Laden.
Nur erste Etage. **Nur erste Etage.**
Carl
Klingler
Leipziger Straße 11 I.
Eingang Sandberg.
KREDIT
unter günstigen Zahlungsbedingungen.
Herren-Anzüge,
Sport-Anzüge, 3767
Cutaways, Gummimäntel,
Winter-Paletots,
Winter-Schlüpfer.
Kein Laden.

Schulbücher empfehlen die **Volksbuchhandlungen.**

Eisleben.

Arbeiter-Sängerchor Vorwärts, Hettstedt.
Sonntag, den 2. Septbr., von nachm. 3 Uhr an im „Hohenzollernpark":
Vergnügen.

Empfehle für jeden Freitag von 2½ Uhr an: 623
ff. Ziegen- und Hammelfleisch
Rich. Jgner, Ziegen- und Hammelschlächterei, **Mühlplatz 6.**

Werbt für den Klassenkampf

Konsumver. f. Sangerhausen u. Umg.
E. G. m. b. H. 624
Sonntag, den 9. Septbr., vorm. 9 Uhr, in Sangerhausen im Verwaltungsgebäude, Hüttenstr. 89:
Ordentliche Vertreter-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1922/23 Bericht des Aufsichtsrates. Genehmigung d. Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlußfassung über Verteilung der Ersparnisse.
3. Ergänzungswahl für den Aufsichtsrat.
4. Aenderung der §§ 10 und 57 der Satzung.
5. Anträge der Mitglieder nach § 32 des Statuts.

Der Aufsichtsrat.
J. A.: Albert Elster, Vorsitzender.

Zeitungsträgerin
für **Batterode** zum 1. Sept. gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich bei unserer bisherigen Trägerin **L. Ranke,** Batterode, melden.

Zeitungsträgerin
für **Kelbra** am Kyffhäuser zum 1. September gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen **Rößler** melden.

Zeitungsträgerin
für **Klostermansfeld** z. 1. Sept. gesucht.
Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich bei Frau **Römer,** Klostermansfeld, Siebigeroder Straße, melden.

Bekanntmachungen.

Die Preise für den Stromverbrauch im Monat August betragen: für Lichtstrom 180 000 M. je Kilowattstunde, für Kraftstrom 150 000 M. je Kilowattstunde

Eisleben, den 29. August 1923.
625 **Der Magistrat.**

Der IV. **Nachtrag zu dem Gebührentarif zu der Begräbnisordnung** der Stadt Eisleben hängt im Bekanntmachungskasten vor dem Rathaus zur Einsichtnahme aus.

Eisleben, den 20. August 1923.
626 **Der Magistrat.**

Nach Artikel III, § 1 des Gesetzes vom 8. d. M. betr. **Vorschriften über die Zahlung kommunaler Abgaben,** ist für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen Kalendermonat ein Zuschlag von 15 v. H. des Rückstandes zu zahlen, wenn die Zahlung einer städtischen Abgabe oder zu leistenden Vorauszahlung nicht bis zu dem vorgeschriebenen Zeitpunkte geleistet wird. Bleibt die Zahlung eines Betrages von mehr als 10 000 M. länger als drei Monate im Rückstande, so beträgt der monatliche Zuschlag 30 v. H. Diese Vorschriften sind mit Wirkung vom 1. August d. J. in Kraft getreten.

Eisleben, den 16. August 1923.
627 **Der Magistrat.**

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß der Rentier Karl Jacob von hier zum Vorsitzenden, und der Obermeister Herr Louis Wagner von hier zum stellvertretenden Vorsitzenden des Innungsschiedsgerichts der Tischler-, Glaser- und Drechsler-Innung von uns ernannt und als solche verpflichtet worden sind.

Eisleben, den 20. August 1923.
628 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Auch der in dieser Woche fällige Wochenbeitrag wird bei den Herren Arbeitgebern vom Freitag an unmittelbar durch unsere Einkassierer **eingezogen.**

Halle, den 30. August 1923.
Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
3726 K. Kleemann, Vorsitzender.

Herren-Winter-Schlüpfer,
Herren-Anzüge,
Cutaways, 3725
Gummi-Mäntel,
Damen-Kleider,
Falten-Röcke,
Möbel, kompl. Einrichtung.,
Einzel-Möbel
Auf Teilzahlung!
Paul Sommer,
Halle a. d. Saale, Leipziger Str. 14, I.

Jugendschriften
empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Oberhemden, Einsatzhemden, Winterhemden, Makohemden, Makohosen,

Herrensocken, Damenstrümpfe, Ledergürtel, Hosenträger, Sockenhalter, Krawatten, Taschentücher.
3723 **Dauerwäsche-Vertrieb,**
Kleiner Berlin 2.

Exerzierplatz.
Straßburgers 3763
3-Masten-Zirkus
mit 2 Manegen.
Heute 7½ Uhr:
Das letzte Mal.
Karten ab 6½ Uhr an der Zirkuskasse.

Gummi-
Sohlen u. Absätze
Sohlleder
im Ausschnitt
M. Winkler,
Lerchenfeldstr. 22 I.

Weinflaschen
Sekt-, Kognak- u. andere Flaschen Papier und Lumpen
kauft
Holland, 3739
Zapfenstraße 18,
Telephon 4284.

Werbt für die Prod.-Genossenschaft.

Nur eine Anzeige
im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung
und Sie sind unser ständiger Inserent!

Zeit ist Geld!
Wir bieten Ihnen an: [3772
Satin-, Pilot-, feldgraue und Breecheshosen, Monteuranzüge in Köper und Haustuch, Strickwesten für Herren, Kindersweater
in allen Größen und Ausführungen,
Prima Schürzenleinen u. Zephir für Blusen.
Textil-Handels-Gesellschaft m. b. H.
vormals **Reinke,**
Leipziger Straße 55 I, am Riebeckplatz.

Wittenberg.

Bekanntmachung.

Unter Berücksichtigung der am 1., 2., 9., 20., 27. eingetretenen Kohlenpreiserhöhungen und der am 1. und 20. in Kraft getretenen Frachtenerhöhungen müssen die Gas- und Strompreise für den Verbrauchsmonat August (das ist der zwischen der zu Anfang August vorgenommenen und der darauffolgenden Zählerablesung liegende Verbrauch) wie folgt festgesetzt werden:

1 Lichtkilowattstunde = 300 000 Mark
1 Kraftkilowattstunde = 280 000 Mark
1 cbm Gas = 250 000 Mark

Bei der Einziehung der Rechnungen müssen die Quittungsscheine für geleistete Abschlagszahlungen unserem Boten in Zahlung gegeben werden.

Die September-Abschlagszahlung ist vom 15. September an, in noch bekanntzugebender Höhe, zu entrichten.

Wittenberg, den 27. August 1923. 827
Licht- und Kraftwerke Wittenberg, G. m. b. H.

Hiermit bestelle ich vom ....: den

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands
mit der täglichen Beilage: „**Leben, Wissen, Kunst**", die Beilagen: „**Kämpfende Jugend**", „**Die kommunistische Frau**" u. „**Befreites Land**".

Name: ....

Ort: .... Straße: ....

Licht-C-T-Spiele
Am Riebeckplatz Am Riebeckplatz
7 Ab morgen, Freitag: 7
Große Opern-Tage
Alice von Boer-Gruselli als Gast
in der komisch-mythologischen Oper
Die schöne Galathee.
Musik von Franz von Suppé.
Künstlerische Leitung: Direktor Willi Schur.
Filmteil: **Filmteil:**
Der Vagabund.
Ein wunderbares Hochlands-Drama.
Ferner:
Er bei den Menschenfressern.
Tolle Groteske m. Harold Lloyd.
Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Licht-C-T-Spiele
Gr. Ulrichstr. 51 Gr. Ulrichstr. 51
Ab morgen, Freitag:
Jugendliche haben zu diesem Spielplan keinen Zutritt.
Ein gewaltiges Sittendrama aus der Großstadt!
Das Lebensroulett
6 Akte aus dunklen Tiefen einer Weltstadt.
Ferner: Die große Kriminal-Sensation
Der Einbrecher
Packend durchgeführt in wahrhaft dramatischer Darstellung.
Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
3724

Größte Auswahl, billigste Preise
in hölzernen und eisernen
Bettstellen und Matratzen.
Bruno Paris, Halle a. d. S.
3765] jetzt **Leipziger Straße 12.**

Von heute an steht fortwährend ein Transport prima **hannoverscher**

Ferkel und Läuferschweine
in meiner Stallung preiswert zum Verkauf. [3770
H. Richter, Trothaer Str. 80. Telephon 3752.

Zeitungsträgerin
für **Ramsin** zum 1. Septbr. 1923 gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Gen. Franz Retzke, Zscherndorfer Straße 1, melden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230830-11/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis

Halle, den 30. August 1923.

An alle Ortsgruppenkassierer!

Die rapid steigende Geldentwertung hat zur notwendigen Folge, ß das bisherige Beitragsmarken- und Kassierungssystem grundsätzlich geändert werden muß.

Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, in Verbindung mit r Vereinfachung des Markensystems und des Markenversandes allwöchentlich die Beitragshöhe festsetzen zu können.

Laut Beschluß der Bezirksleitung werden die Beitragsmarken icht mehr mit dem jeweiligen Wert überdruckt, sondern sie erhalten e entsprechende Kalenderwochenzahl aufgedruckt, welche sich mit r auf den Markenblättern des Mitgliedsbuches befindlichen deckt, B. 36 (s. 1. Woche im September).

Den Vorsitzenden der Ortsgruppen gehen in den nächsten Tagen e entsprechende Anzahl Marken zu.

Wir versenden die Marken für Monat September mit dem Aufuck 36, 37, 38, 39.

Die Beiträge betragen für die 36. und 37. Woche (1. und 2. Woche n September) je Woche:

1. **Klasse 130 000 Mk. (roter Druck auf weißem Papier).**
2. **Klasse 100 000 Mk. (roter Druck auf gelbem Papier).**
3. **Klasse 30 000 Mk. (roter Druck auf grünem Papier).**

Das Einkassieren der Beiträge hat wöchentlich zu geschehen. Es irfen bis zur Festsetzung der Beiträge für die letzten zwei Wochen nächst nur zwei Wochenbeiträge (also für 36 und 37) einkassiert erden.

Die Beitragshöhe wird allwöchentlich im „Klassenkampf“ bekanntgeben.

Genossen! Schafft die notwendigen Mittel für die Partei!

Kassiert die Extrabeiträge sofort ein und sendet das Geld umhend an die Bezirkskasse.

Laßt nicht nach in der Sammlung für den Kampffonds!

Die Partei braucht Geld!

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

An unsere Leser!

Infolge der allgemein bekannten Entwicklung auf allen Gebieten, nd die Zeitungsverlagsanstalten nunmehr gezwungen, das Wochenabonnement einzuführen. Dadurch, daß ab Monat eptember die Berechnung für das Druckpapier zum Stande der oldmark erfolgt und die Bezahlung im voraus vor sich gehen uß (bar und Wechsel), sind wir gezwungen, für die erste Ratenzahlung einen höheren Betrag zu erheben, als für die folgenden.

Unsere Trägerinnen kassieren daher sofort den Betrag von 1100 000 Mark (einschl. Trägerlohn).

Dieser Betrag gilt also nicht für eine Woche, sondern geht darber hinaus. Die Mehrzahlung soll uns die Beschaffung des nötigen ruckpapiers erleichtern. Wir bitten unsere Leser daher dringend, as Geld bereitzulegen, damit die Einkassierung wie Abrechnung chnellstens vor sich gehen kann. Ueber jede weitere Ratenzahlung ird eine besondere Quittung verabfolgt.

Verlag Klassenkampf.

Die Forderungen der Erwerbslosen an den Magistrat

Die Erwerbslosen von Halle haben an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, sofort Schritte zu unternehmen, die Not und das Elend der Opfer des kapitalistischen „Wiederaufbaues“ zu lindern. Hinter den Forderungen, die von den Erwerbslosen erhoben weren, stehen nicht nur die Erwerbslosen selbst, sondern die gesamte Arbeiterschaft Halles, vertreten durch das Gewerkschaftskartell. Der Magistrat wird sich in seiner heutigen Sitzung mit iesen Forderungen zu beschäftigen haben. Die Eingabe an den Magistrat hat folgenden Wortlaut:

Durch die in den letzten Tagen ins Ungeheure gestiegene Erwerbslosigkeit, die nur in Verbindung mit der Produktionssabotage des Unternehmertums diesen Umfang annehmen konnte, und fast jeden Tag an Ausdehnung zunimmt, hat sich am 27. August eine Arbeitslosenversammlung mit der Frage des Arbeitsmarktes beschäftigt und nach eingehender Aussprache unter Mitwirkung des Gewerkschaftskartells ein Erwerbslosenrat gebildet. Der Erwerbslosenrat hat sich nun eingehend mit den zu unternehmenden Schritten beschäftigt und unterbreitet heute dem Magistrat folgende Forderungen:

1. **Durch schärfsten Druck des Demobilmachungskommissars Entlassungen seitens der Unternehmer ohne vorherige Verkürzung der Arbeitszeit und Stillegungen der Betriebe unter allen Umständen zu verhindern.**
2. **Produktive Erwerbslosenfürsorge.**
3. **Einstellungen aller Arbeitskräfte haben nur durch das städtische Arbeitsamt zu geschehen.**
4. **Ausdehnung der Erwerbslosenfürsorge auf alle Arbeitslosen. Fortfall der Karrenzzeit.**
5. **Bereitstellung von Lebensmitteln für die Erwerbslosen:**
   a) **Unentgeldliche Abgabe von Milch an Säuglinge, stillende Mütter und Schwangere.**
   b) **Verbilligung des Brotes und der Kartoffeln.**
   c) **Abgabe von Kohlen zum Selbstkostenpreise.**

Das Gewerkschaftskartell: Förster.
Der Erwerbslosenrat: Schmidt.

Das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Magstirat wird in iner Erwerbslosenversammlung am Freitagnachmittag 2 Uhr im Volkspark“ bekanntgegeben.

Für den Saalkreis finden am Freitag und Sonnabend noch folende Erwerbslosenversammlungen statt: am Freitag in Ammendorf, nachmittags 6 Uhr, im „Elstertal“, in Nietleben, nachmittags 6 Uhr, in der „Sonne“, in Gröbers, nachmittags 7 Uhr, im Gasthof „Schwoitsch“; am Sonnabend in Wettin, vormittags 9 Uhr, im „Kleinen Schweizerling“, in Könnern, nachmittags 2 Uhr, im „Bürgergarten“, in Teicha, nachmittags 7 Uhr, im Gasthof zu Löbnitz.

Streik der Artisten

Die Internationale Artisten-Loge, Ortsgruppe Halle, schreibt uns: An dieser Stelle wiesen wir schon einmal auf die völlig unzulängliche Entlohnung der Kabarett-Artisten hin. Daß seitens der Ortsleitung alles geschah, um auf friedlichem Wege die Dinge zu regeln, ist selbstverständlich. Nur die Verschleppungstaktik der Herren Direktoren hat die Artisten zu dem Schritt gebracht, den e am Sonnabend durch Eintritt in den Streik taten. Dieser Streik ist nicht mutwillig vom Zaun gebrochen, sondern in allen Konsequenzen sehr reiflich überlegt; er ist auch kein wilder Streik, wie die Direktoren ausstreuen, sondern er ist sowohl von den örtlichen, wie auch den zentralen Organen der Gewerkschaften anerkannt.

Als die Herren Direktoren am Sonntag unter dem Druck des Streiks und um sich nicht auch das Sonntagsgeschäft noch entgehen zu lassen, mit uns verhandelten, boten sie uns die horrende Summe von zwei Millionen Mark als Wirtschaftsbeihilfe für den ganzen Monat.

Diese Verhöhnung haben die Artisten mit dem einzigen noch möglichen Mittel der Bestreikung und Sperrung aller hiesigen Kabarett-Betriebe beantwortet. Die Artisten, besonders die „kleinen“, sind dem Verhungern nahe, aber sie sind bereit, zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderung, der Zahlung einer Teuerungszulage von 15 Millionen Mark, zu kämpfen bis zum äußersten. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Und das würde es sein, wenn sie sich die Hungerentlohnung noch länger gefallen lassen wollten.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Baugewerkschaft Halle. Die Baudelegierten werden dringend ersucht, die zur Erhaltung des Arbeitersekretariats herausgegebenen Sammellisten, in unserem Bureau abzuholen.

* **Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.** Bei der Holzhandlung Haring & Strache, Dessauer Straße, ist ein Platzmeister jetzt 40 Jahre beschäftigt. Die Firma „beschenkte“ den Jubilar für seine 40jährige Tätigkeit mit 50 Zigarren. Da aus den Knochen dieses alten Mannes aber nicht mehr viel herausgeholt werden kann, ist der jetzige Inhaber Pursche dabei, ihn auf die Straße zu setzen. Er mag dort zugrunde gehen. Die kapitalistische Gesellschaft kennt eben keine Verpflichtung, die ausgebeuteten Arbeiter im Alter vor Elend, Not und Verzweiflung zu schützen. Sie kennt nur eins: Profit.

* **Die Gemaßregelten der Chemischen Fabrik Buckau** (Werk Ammendorf) treffen sich am Sonnabend, dem 1. September, nachmittags 5 Uhr, in der „Erholung“.

* **Warnung vor Annahme verfälschter Reichsbanknoten.** Betrüger haben Reichsbanknoten in den Verkehr gebracht, die durch Stempelaufdruck mit einer erhöhten Wertangabe versehen worden sind. Vor Annahme dieser verfäschten Noten wird gewarnt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß für alle Reichsbanknoten allein die im Schriftsatz enthaltenen Wertangaben maßgebend sind.

* **Zeugen gesucht.** Am Dienstag vor acht Tagen wurde ein Arbeiter von den drei Schupobeamten Dibberetz, Gaschki und Goika von der zweiten Bereitschaft am Zirkus Straßburger festgenommen und unterwegs und auf der Wache schwer mißhandelt. Alle, die den Vorgang beobachtet haben und auch die beiden Personen, die später zur Wache kamen und nach dem Verhafteten fragten, werden gebeten, ihre Adresse bei Artur Wagner, Eichendorffstraße 31, Hinterhaus, zwei Treppen, rechts, anzugeben.

* **Einschränkung der Halle-Hettstedter Eisenbahn.** Der zurzeit 6.15 Uhr vormittags von Halle—Klaustor nach Hettstedt abfahrende Personenzug fällt weg. Dafür fährt ein gemischter Zug täglich 9 Uhr vormittags von Halle—Klaustor ab, mit Ankunft in Hettstedt 11.40 Uhr vormittags. Der erste von Hettstedt nach Halle abfahrende Personenzug fährt wieder 5.50 vormittags von Hettstedt ab, Ankunft in Halle—Klaustor 8.13 vormittags. Die bisher verkehrenden Durchgangszüge: 2 Uhr ab Halle—Klaustor, 4.37 an Hettstedt und 12.40 Uhr ab Hettstedt, 2.50 Uhr an Halle—Klaustor fahren nur noch Dienstags und Sonnabends. Bei den letzten Durchgangszügen: 7.30 Uhr abends ab Halle—Klaustor, 10.37 Uhr an Hettstedt und 6 Uhr abends ab Hettstedt, 8.17 an Halle—Klaustor treten keine Aenderungen ein. Im Vorortverkehr fallen einige Züge aus bzw. werden in ihren Fahrzeiten verschoben. Das Nähere ist aus dem Aushangsfahrplane auf den Stationen ersichtlich.

* **Wegen umgehender Zahlbarmachung der Teuerungszuschüsse** (Zusatzrenten) für September und Nachzahlung für August, bleibt die amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für den Saalkreis, Halle, Luisenstraße 7, in der Zeit vom 1. bis einschließlich 12. September für jeden Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Die Nachfrage nach Stammkarten, sowohl seitens der alten Abonnenten, wie auch von neu hinzukommenden Bestellern ist so stark, daß beide Spieltage (Dienstag und Freitag) gesichert sind und nur über eine kleine Anzahl von Plätzen noch verfügt werden kann. Es empfiehlt sich daher für neue Abonnenten umgehende Anmeldung an der Kasse des Stadttheaters (vormittags 10 bis 2 Uhr). Bestellte Stammkarten können ab Donnerstag dieser Woche abgeholt werden. Auch für die Eröffnungsvorstellung am Sonnabend, dem 1. September, Hebbels „Nibelungen“, 1. und 2. Abteilung, ist der größte Teil der Karten bereits ausverkauft. Das Drama wird am Montag, dem 3. September, erstmalig wiederholt. Vorverkauf für diese und für die Sonntag-Vorstellung (Verdis „Aida“) täglich an der Theaterkasse von 10 bis 2 Uhr.

Das Thalia-Theater eröffnet am Sonntag, dem 2. September, mit der Komödie „Dyckerpotts Erben“ von Robert Grötzsch. Karten im Vorverkauf ab Donnerstag, an der Kasse des Stadttheaters.

Diemitz. Eine Konsumvereins-Mitgliederversammlung findet am Freitag, dem 31. August, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ statt. Alle Mitglieder müssen erscheinen, da zu den Vertreterwahlen Stellung genommen werden soll.

Ammendorf. Berichtigung. Zu der Notiz in Nummer 175 des „Klassenkampf“ teilt uns der Betriebsrat der Firma Polensky & Zöllner mit, daß die Angaben über den Vorarbeiter Max Thielemann nicht den Tatsachen entsprechen. Der Arbeiter ist nicht auf Grund von Denunziationen entlassen worden, sondern wegen Arbeitsverweigerung. Im übrigen aber hat sich der entlassene Arbeiter nicht einmal an den Betriebsrat gewandt.

Ammendorf. Union der Hand- und Kopfarbeiter. Am Freitag, dem 31. August, abends 8 Uhr, findet im „Elstertal“ eine wichtige Versammlung statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.

Lettin. Als ein Prachtexemplar von Betriebsrat hat sich der Aufseher Wagner von der Domäne Lettin entpuppt. Beim letzten Generalstreik machte er den ersten Streikbrecher, trotzdem er mit der gesamten Belegschaft einmütig den Streik beschlossen hatte. Die Frauen, die auf Feldarbeit gehen und unter seiner Obhut stehen, bedroht er bei jeder Gelegenheit mit seinem Spazierstock. Es ist sogar schon vorgekommen, daß er mit dem Stock nach einer Frau geworfen hat. Bei einem Vergnügen der Landarbeiter nahm er sich das Recht heraus, die Frauen, die nicht erschienen waren, mit 3000 Mark zu bestrafen. Beim letzten Streik sind zwei Männer und zwei Frauen gemaßregelt. Der Betriebsrat hat sich bisher um diese Leute noch nicht gekümmert. Es könnten noch mehr Schandtaten dieses Betriebsrates angeführt werden. Die Landarbeiter der Domäne Lettin sollten diesen „Vertrauensmann“ sofort als Betriebsrat absetzen.

Aus der Provinz

Die „selbstlosen“ Agrarier

Im Kampf gegen die Arbeiterschaft stehen die Agrarier an erster Stelle. Es war ja auch zu schön, als man die Landarbeiter noch nach Herzenslust 15 bis 18 Stunden und noch länger ausbeuten, sie ungestraft mit der Reitpeitsche bearbeiten und die Töchter der Landarbeiter schwängern konnte. Zustände, die im Interesse des Profites und Wohllebens der Agrarier unbedingt wieder herbeigeschafft werden müssen. Da ist es denn selbstverständlich, daß der „Landbund“, das Organ der Agrarier, in der Hetze gegen die Arbeiter mit an erster Stelle steht. Und so schreibt denn dieses saubere Blatt, daß „durch den Terror jugendlicher Raufbolde der größte Teil der Betriebe um Halle, im Mansfelder Seekreis, im Zeitzer Revier und in kleinerem Maßstabe auch in anderen Bezirken stillgelegt worden sei.“ Der gerade durch den Wucher der Agrarier in den Großstädten veranlaßte Generalstreik ist das Werk „jugendlicher Raufbolde“. Der Arbeitermord in Zeitz wird natürlich von diesen edlen Seelen aufs wärmste begrüßt und die Regierung aufgefordert, noch schärfer als bisher zuzupacken, nicht etwa gegen die wuchernden Agrarier, sondern gegen die Arbeiter. Die Agrarier sollen der Stadtbevölkerung klarmachen, daß an der Lebensmittelnot nur die späte Ernte schuld ist.

Sie schlagen sich aber selbst ins Gesicht, denn einen Satz weiter fordern sie ihre Mitglieder auf, neben der Erntearbeit Vorräte zur Stadt zu liefern, denn „Lebensmittelknappheit herrscht in den Städten“. Also es sind doch noch Vorräte vorhanden, die natürlich nicht in die Städte abgeliefert werden, denn, so schreibt der „Landbund“ weiter: „Im übrigen aber ist kein einziger Stand so sehr auf ein wertbeständiges Entgelt für seine Waren angewiesen wie der Landwirt.“ Das ist des Pudels Kern. Es gibt keine bessere Kapitalsanlage für den Landwirt, nach seinen Begriffen, als wenn er seine Produkte zurückbehält und nur das Allernotwendigste verkauft. Und wenn vorher zur Ablieferung aufgefordert wurde, so wird direkt zur Ablieferungssabotage aufgefordert, denn: „Wollte er (der Landwirt, d. Red.) flott darauflosverkaufen, wäre er in einem Vierteljahr mit einer großen Kiste voller Scheine am Bettelstab.“ Also, Landwirte, wahret Eure heiligsten Güter. Liefert nur soviel ab, als Ihr unbedingt Geld braucht, das andere haltet zurück, denn im nächsten oder übernächsten Jahre gibt's mehr dafür.

So sieht der Patriotismus der Agrarier aus. Und nicht nur der Agrarier, sondern aller Sachwertbesitzer. Wenn die Arbeiterschaft in den Städten nicht verhungern will, wenn die Landarbeiter nicht in die mittelalterlichen Zustände zurückgestoßen werden wollen, dann muß diese Gesellschaft durch eine Regierung der Arbeiter und landarmen Bauern zum Teufel gejagt werden.

Hauptversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen

Am 1. und 2. Oktober findet in Thale im Harz die Hauptversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen statt. Nachdem bereits am 30. September eine Vorstandssitzung stattgefunden, tagen am 1. Oktober, ½10 Uhr vormittags, die Vereinsvorsitzenden; 11 Uhr ist Vertreterversammlung. Am 2. Oktober, früh 8 Uhr, tagen die Kreisordner der KUK., zu gleicher Zeit die Junglehrer und Berufsschullehrer, um ½9 Uhr die Kirchschul-, Land- und Kleinstadtlehrer, um 10 Uhr die drei Regierungsbezirke gesondert. Am selben Tage, 12 Uhr, Hauptversammlung. Während der Tagung sind Besichtigungen und Ausflüge in den Harz vorgesehen.

Schkeuditz. „Rote Hilfe“. Vom Kraftsportverein „Felsen“ (Modelwitz) wurden durch den Genossen Gottschalk 2 050 000 M. der „Roten Hilfe“ überwiesen. Ein Zeichen proletarischer Solidarität. Ahmt diesen Genossen überall nach.

Delitzsch. Aus der Partei. Am Freitag, dem 31. August, abends 8 Uhr, findet im „Lindenhof“ ein Diskussionsabend statt. Alle Parteimitglieder sind dazu eingeladen.

Delitzsch. Am internationalen Jugendtag in Bitterfeld am Sonntag müssen sich alle Genossen und Genossinnen beteiligen. Abmarsch vormittags ½8 Uhr vom „Lindenhof“.

Delitzsch. Ein großes internationales Massenmeeting findet am Sonnabend, dem 1. September, abends 8 Uhr im „Lindenhof“ statt, mit dem Thema: Der Kampf des Proletariats und der 9. Internationale Kampfjugendtag! Es sprechen: Genosse Karl Baumgärtel (Jena) und Genossen aus Rußland, der Tschechoslowakei, Horty-Ungarn, dem Ruhrgebiet und Bayern. Jungproletarier, erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen, zeigt durch Euren Massenbesuch, daß Ihr nicht gewillt seid, Euch mit den schönen Versprechungen eines Hilferding zufrieden zu geben, denn Ihr seht schon heute, wie sie in Wirklichkeit aussehen! Zeigt, daß Ihr entschlossen seid, geschlossener denn je, von neuem den Kampf aufzunehmen!

Aus der Jugendbewegung

Warnung!

Landsberg. Wir warnen hiermit alle Ortsgruppen der KJD., sowie der KPD., vor einer „Marie Weidenhammer“, die darauf ausgeht, durch Schwindeleien und Spitzelarbeit der Bewegung zu schaden!

*

Greppin. Wir warnen alle Ortsgruppen der KJD. und KPD. vor dem ehemaligen Genossen „Robert Strehler“, da er sich Geldunterschlagungen hat zuschulden kommen lassen.

Kommunistische Jugend Deutschlands, Kreisleitung Bitterfeld.

Noitzsch. Kommunistische Jugend. Heute, Donnerstag, den 30. August, öffentlicher Jugendabend im „Gasthaus zur Tanne“. Thema: „Faszistischer Sedantag oder Internationaler Jugendtag.“ Jugendliche, Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint vollzählig.

Arbeiter-Sport

HFC. Viktoria 08. Sonntag, den 2. September, spielen um 4 Uhr auf dem Sandanger Viktoria 1.—Askania 1. Schiedsrichter Störmer. Viktoria spielt wie folgt: Necke, Brendel, Biering, Schauerhammer, Petzold, Ulbrich, Nitschke, Pilger, Gessing, Zieger, Fidlak. Die 2. Mannschaft spielt gegen die 2. Mannschaft von Askania-Nietleben um ¼4 Uhr, in Nietleben, in folgender Aufstellung: Necke, Atzerod, Blome, Lüttich, Unsolt, Werner, Höpfner, Schubert, Meyer 2, Warz, Nilius. Die 3. Mannschaft gegen die 3. Mannschaft von Askania-Nietleben um 2 Uhr, in Nietleben, wie folgt: Meyer 1, Oguntke, Schlick, Schöne, Pätz, Steuer, Mertens, Markendorf, Hedel, Banke, Rosch. Treffpunkt der 2. Mannschaft um ½3 Uhr am Hettstedter Bahnhof, der 3. Mannschaft um ½1 Uhr am Hettstedter Bahnhof. Die 1. Jugend spielt gegen Teutonia 1. Jugend um ½2 Uhr, auf dem Teutoniaplatz in folgender Aufstellung: Löscher, Giesche, Singer 1, Tralls, Veitz, Küstenbrück, Solf, Schmidt, Schönbrodt, Necke, Singer 2. Ersatz Klieber. Treffpunkt 12 Uhr, Eisbörse. Sonnabend, den 1. September, treffen sich sämtliche Mitglieder pünktlich 8 Uhr in der Eisbörse, zu einer wichtigen Besprechung.

VfB.-Trotha. Sonntag, den 2. September, um 4 Uhr, VfB.-Trotha 1. gegen Minerva 1. auf dem Peißnitzplatz. VfB.-Trotha 2. gegen Minerva 2. um 2 Uhr auf dem Peißnitzplatz.

Fichte-Halle. Fußballabteilung. Am Sonntag, dem 2. September, spielen beide Mannschaften in Wörmlitz. ½2 Uhr spielt Fichte 2.—Wörmlitz 2. Schiedsrichter Wirker, Minerva. ¼4 Uhr spielt Fichte 1.—Wörmlitz 1. Schiedsrichter Harzdorf, Viktoria. Freitag, den 31. August, abends 6 Uhr, auf dem Platze Training, anschließend Mannschaftssitzung. Nichterscheinen zieht statutarische Bestrafung nach sich. Treffpunkt der 2. Mannschaft um ½1 Uhr, der 1. Mannschaft um 2 Uhr an der Weingärtenschule. Sportgenossen! Den Bemühungen einzelner Sportgenossen ist es zu danken, daß am Sonntag unsere neugegründete Schülermannschaft die Feuertaufe gegen die Schüler Ballspielklub-Giebichenstein erhalten kann. Fichte Schüler 1. trifft sich Sonntag um 9 Uhr, an der Baracke auf dem Platze, und spielt um 10 Uhr gegen Ballspielklub Giebichenstein 1. Schüler. Schiedsrichter Bieringer, Viktoria.

— Turnerinnen-Abteilung. Sonntag, den 2. September, spielen auf dem Fichteplatz die 1. Mannschaft der Turnerinnen gegen die 1. Turner-Jugendmannschaft Handball. Treffpunkt 3 Uhr.

NFK.-Askania 09. Sonntag, den 2. September, stehen sich auf dem Sandanger (Viktoriaplatz) Askania 1.—Viktoria 1. gegenüber. Askania 1. spielt wie folgt: Küster, Schlieder, O. Klaus, Apel, Gäbler, O. Leonhardt, K. Ulrich, Gasdorf, Weichert, Böhme, K. Wolf. Anfang des Spieles 4 Uhr. Abmarsch ½3 Uhr vom Vereinslokal. Askania 2.—Viktoria 2. um ¼4 Uhr in Nietleben. Askania 2.: F. Wolf, Moser, Uhlendorf, O. Richter, F. Richter, Mennicke, Lichtenstein, Zimmermann, Schütze, W. Ulrich, Zech. Askania 3.—Viktoria 3. um 2 Uhr in Nietleben. Die dritte Elf spielt: Muchau, Schneider, Weickardt, Koch, Frickmann, Damm, Mettin, Spanier, Oberreich, Huth, Brömme. Alle Mitglieder müssen jeden Abend zur Platzarbeit erscheinen. Platzarbeit jeden Abend von 5½ Uhr an. Sonntag von früh 6 Uhr an. Bei Nichterscheinen findet keine Aufstellung mehr in den Mannschaften statt.

VfB.-Trotha-Süd. Sonntag, den 2. September, finden folgende Spiele auf der Peißnitz statt: Trotha-Süd 1.—Sportklub-Zörbig 1. Anfang 3 Uhr. Trotha-Süd 2.—Sportklub-Zörbig 2. Anfang ½2 Uhr. 1. Mannschaft spielt: Lampe 1, Wolf, Döring, Sieb, Franke, Harre, Lampe 2, Knöchel, Kretschmann, Brode, Portius. 2. Mannschaft spielt: Herkner, Seeliger, Böckel, Pätz, Franke, Bierbaß, Barth, Mai, Schütze, Knoche, Ronneburger. Ersatz: Willy Fischer. Treffen sämtlicher Mannschaften 1 Stunde vor Beginn in der „Tanne“. Sonnabend, den 1. September, findet die Versammlung im Vereinslokal „Grüne Tanne“, statt. Nichterscheinen wird satzungsgemäß bestraft.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230830-11/fragment/page=0005

Kämpfende Jugend

Heraus zum Großkampftag des Proletariats!

Am 2. September begeht die Jugend ihren

9. Internationalen Jugendtag.

Er muß an allen Ecken und Kanten der Welt, überall da, wo die erwachsenen und jungen Arbeiter ausgebeutet werden, zu einem Großkampftag der gesamten Arbeiterschaft und Aufmarsch und Sammlung der Internationalen Roten Kampfarmee gegen die Ausbeuter und Unterdrücker werden.

Schon am ersten Internationalen Jugendtag im September 1915, als die jungen Proletarier in allen Kriegsländern als erste mutig ihre Stimme gegen das Volksgemetzel erhoben, kämpfte die Jugend nicht nur für sich allein, sondern ebenso für die erwachsenen Arbeiter und sammelte die Arbeiterbewegung zu neuen Kämpfen um sich. Ebenso wenig kann heute der Kampf der jungen und erwachsenen Arbeiter voneinander getrennt geführt werden, sondern beide müssen, sei es zu einem Anti-Faszistentag oder im Generalstreik, zusammen marschieren. Deshalb ist auch der Internationale Jugendtag ebenso sehr Sache der erwachsenen Arbeiter, wie der jungen und muß von beiden gemeinsam durchgeführt werden.

Der 9. Internationale Jugendtag muß der

Generalaufmarsch zum Sturm gegen die deutsche Ausbeuterherrschaft

werden. Er muß alle jungen und erwachsenen Arbeiter und alle die, die vom Kapitalismus unterdrückt und ausgepreßt werden, unter dem Roten Banner der Weltrevolution gegen alle Feinde zusammenfassen.

Sein erster Waffengang geht

gegen die Verelendung und den Hungertod der arbeitenden Bevölkerung und vor allem der Jugend und der Kinder. Für höhere Löhne der gesamten Arbeiterschaft und Anpassung der Jugendlöhne an dieselben

heißt es zu kämpfen. Dabei müssen erwachsene und junge Arbeiter zusammenstehen! Es darf nicht sein, daß die Jugendlichen einen noch viel schlechteren Lohn als die erwachsenen Arbeiter verdienen und dadurch als billige Arbeitskräfte gegen die erwachsenen Arbeiter ausgespielt werden können. Wir Jungen leiden ebenso viel Hunger, wir müssen ebenso viel essen, um arbeiten zu können und verlangen deshalb auch einen entsprechenden Lohn!

Mit dem Wiedererstarken des Kapitalismus nach dem Kriege ist uns noch ein neuer Feind entstanden: Die bewaffnete Konterrevolution.

„Krieg dem Faszismus und der Reaktion!"

heißt deshalb unsere nächste Kampfparole, für die wir am 2. September in den Streit ziehen.

Hier muß sich zeigen, wer in Zukunft in Deutschland herrschen soll: Die Faszisten oder die Proletarier.

Die Faszisten werden am 2. September, **den sie als Sedantag begehen** wollen, ebenfalls geschlossen aufmarschieren, das heißt, ihre Truppen gegen die Arbeiter bereithalten. Auch der letzte junge und erwachsene Arbeiter muß deshalb am 2. September zum Roten Front stoßen, damit wir durch unsere Masse die Faszisten erdrücken und unter unsere Füße treten können. Auch der letzte Arbeiter und letzte Jugendliche muß sich am 2. September an den überall stattfindenden Demonstrationen und Veranstaltungen des Jugendtages beteiligen! Wer auf diesen Kampfkundgebungen fehlt, ist ein **Deserteur der Revolution!**

An diesem Tage gilt es zu kämpfen gegen das Bestehen des Kapitalismus überhaupt, gilt es aufzumarschieren gegen die Stresemann-Regierung, die Hunderte Proletarier erschossen hat und Zehntausende mutiger Freiheitskämpfer hinter Schloß und Riegel hält, während sie die Mörder des Proletariats auf freiem Fuß und aus den Gefängnissen flüchten läßt, die unsere **proletarischen Hundertschaften auflöst, die Faszisten aber in ihrem Aufmarsch gegen uns unterstützt,** die unsere **Kontrollausschüsse verbietet,** aber **die Lebensmittel jeden Tag ins Unermeßliche steigert,** die den **Reichsbetriebsräte-Ausschuß verfolgt** und die **Kapitalisten so in ihrem Angriff gegen die Arbeiter stärkt.**

Aus Millionen Kehlen muß an diesem Tage der kapitalistischen Welt ihr Urteil entgegenschallen:

Nieder mit dem Faszismus und der Reaktion!
Es lebe die proletarische Abwehrfront!
Nieder mit der Regierung Stresemann und jeglicher bürgerlicher Ausbeuter-Regierung!
Hoch die Arbeiter- und Bauern-Regierung der kämpfenden Arbeiterschaft!
Nieder mit der imperialistischen Raubpolitik der Kapitalisten!
Für die Solidarität mit Sowjet-Rußland!
Es lebe der revolutionäre Kampf der Arbeiter aller Länder!
Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Wie die Redaktionsräume unserer Zeitung ausgeplündert wurden

Unserem Bruderorgan der tschechoslowakischen Jugend der Komm. Jugend" (Juni-Nummer), welche unter strenger Vorzensur erscheint, entnehmen wir folgendes Erlebnis:

Ein düsteres Lokal mit einem einzigen Fenster auf dem Hof eines Großstadtgebäudes, in dem von früh bis in die späte Nacht, solange als gearbeitet wird, das elektrische Licht brennen muß, war das Lokal, wo unsere Zeitung geistige geboren wurde. Fünf Tage bot es schon einen trübseligen Anblick, denn die Jugendlichen, die das Lokal immer belebten, die stets hier arbeiteten waren nicht mehr da, sie waren verhaftet, saßen hinter Kerkermauern.

Doch siehe . . . Mit einem Schlage war das Lokal wieder vollkommen besetzt. Eifrige Geschäftstätigkeit herrschte. Jeder Schubkasten der Schreibtische wurde durchstöbert, jedes Stück herumliegende Papier sorgfältig von hinten und von vorn besichtigt und sobald einige Zeilen darauf geschrieben waren, ebenso sorgfältig wie es besichaut worden war, gesammelt und gut aufgehoben. Der Parteisekretär Genosse Vanek, der durch die unheimliche fünftägige Stille bei der Jugend schon selbst ziemlich trübselig gestimmt war, lebte wieder von neuem auf, als er das eifrige, geschäftige Treiben in dem dumpfen, düsteren Lokal der Jugend sah. Er erkundigte sich, ob die Anwesenden die aufgelöste Kommunistische Jugend sei, schimpfte noch mit ihnen, da sie alles, was vorhanden war, umdrehten und ermahnte sie, dasselbe liegen zu lassen, bis die verhafteten Jugendgenossen wieder freigelassen werden, damit sie sofort alles wieder, was sie zurückließen, auf ihren Plätzen antreffen.

Die zweifelhaften, schon ziemlich alten, vermuteten aufgelösten kommunistischen Jugendlichen schauten den Parteisekretär verwundert an, es trat einer von ihnen vor und erklärte, daß sie von der Polizei seien und hier eine Haussuchung vornehmen. Es waren zehn bis zwölf Spitzel mit einem Kommissär, oder vielleicht noch einige andere hohe Herren unter ihnen, deren Titel wir aber nicht kennen, denn sie unterließen es infolge ihrer „tiefen" Arbeit, sich jeder einzeln persönlich vorzustellen.

Ja, das ist etwas anderes, eine Haussuchung bei der Jugend, entschuldigte sich der Genosse Vanek, dem eine solch große Verwechslung passiert war und nun ging die Geschichte ordnungsgemäß los.

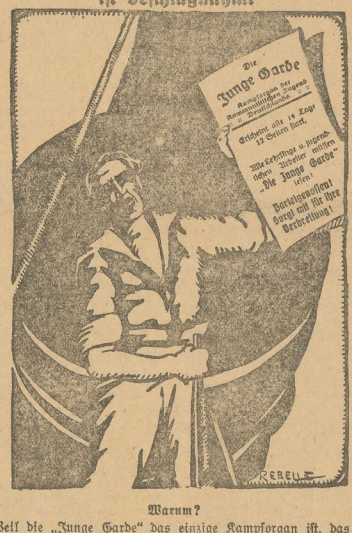
Was da alles gefunden wurde, ist schrecklich! Nur einige Proben: Ein Packel Marken. Was für Marken? „Sokolmarken!" Um Himmelswillen, wie kommt denn die Kommunistische Jugend zu Sokolmarken? Genosse Vanek meinte, vielleicht hat gar ein verkapptter Faszist hier gesessen, der solche Sachen benötigt. — Weiter — eine Aktentasche. Was ist darin? „Ein Packel", soll zu Protokoll genommen werden. Genosse Vanek, der durch die Sokolmarken zur Vorsicht mahnte, bittet, alles genau zu protokollieren, auch das, was in dem Packel darin ist, und siehe — in dem Packel stecken ein paar dreckige, zerrissene Fußlocken! Protokolliert wird als beschlagnahmt: „Ein paar Fußsocken". Ein zweites Packel kommt zum Vorschein. „Ein Paar schmutzige Unterhosen", wird zu Protokoll gegeben und konfisziert. Nun findet man noch äußerst gefährliche Zeitungsartikel, die für diese Nummer der Zeitung bestimmt waren, sie wurden ebenfalls beschlagnahmt. Ein Stoß alte Zeitungen, russische, ukrainische, ungarische, tschechische, italienische, französische deutsche usw werden in eine Hocke gebunden. Dasselbe geschieht mit alten Broschüren und Schriften. Eine neue Hocke wird gemacht und die „Schütze", die hier aufgespeichert lagen, waren so „groß", daß man sogar eine „sechste Hocke" machten konnte.

Beinahe war man fertig. So entdeckte man einige Pakete Bücher. Darauf stand: „Köhler, privat". Aha, da schaut an, Bücher von Köhler, der Kerl ist bekannt, was das her für Bücher. Los geht's! Nun werden die Bücher genauestens untersucht. Karl Kautsky: „Wie der Weltkrieg entstand". Genosse Vanek erklärt ihnen, daß der Karl Kautsky wahrlich mit der Kommunistischen Jugend nichts zu tun hat und daß er auch wirklich nicht dafür kann, wenn die Jugend so revolutionär ist, daß sie verfolgt werden muß. Der Regierungsbeamte läßt sich überzeugen. Nun kommen andere Bücher. Was verdächtig ist, geht mit. Hurra! — jetzt Goethes „Faust", beinahe wäre er beschlagnahmt gewesen, wenn nicht der Genosse Vanek gebeten hätte, ihm dieses schöne Werk als Geschenk von Köhler zu überlassen, den sie ja bestimmt schon irgendwo verhaftet haben werden und dieses jetzt nicht gebrauchen kann. Auch das gibt der sehr solide, liebenswürdige Regierungsbeamte zu.

Nachdem man nun noch einen großen Koffer Parteieigentum beschlagnahmt hat, jetzt sich die Kolonne „schwerbeladen" mit dem „staatsgefährlichen" Material, mit den Sokolmarken, Fußlocken und den Unterhosen in Bewegung. Die große Arbeit war beendet und das Lokal der Jugend steht wieder trüb und menschenleer da.

Leergebrannt ist nun die Stätte . . .
In den öden Fensterhöhlen wohnt das Grauen
Und die Polizeispitzel sehen noch immer hohl herein.

Die Jugendtagnummer der „Jungen Garde" ist beschlagnahmt



Warum?

Weil die „Junge Garde" das einzige Kampforgan ist, das der Jungarbeiterschaft den Ausweg aus dem Elend zeigt.

Nun erst recht!

muß der Internationale Jugendtag zeigen, daß sich das Jungproletariat in seinem Kampfe um das Banner der Kommunistischen Jugend schart.

1000 beschlagnahmte „Junge Garde"

haben unsere hallischen Genossen an einem Nachmittag vertrieben.

Lest die „Junge Garde"!

Kämpft mit der Kommunistischen Jugend!

★ Der Pranger ★

Die KJ. Piesteritz berichtet zwei Fälle: 1. Fall: Romming & Söhne (Piesteritz) beschäftigen zurzeit drei Gesellen und fünf Lehrlinge. Lohn der Lehrlinge 7000 Mk. Wochenlohn und bei Kost 3000 Mk. Wochenlohn. Ueberstunden werden fast alle Tage gemacht. Entgelt für die Ueberstunden eine Stulle bzw. Taschengeld. 2 Fall: H. Elschner, Bäckermeister, Piesteritz, Pappelbrücke. Selbiger beschäftigt zurzeit einen Gesellen. Dieser ist 17 Jahre alt und Vollwaise. Er bekommt einen Wochenlohn von 5000 Mk. Die Arbeitszeit beträgt fast immer über zwölf Stunden. Ueberstunden werden nicht bezahlt. Seine Arbeit besteht außer Brotbacken noch in Gartenarbeit und Brotherumfahren. Die Behandlung läßt auch viel zu wünschen übrig. Den Fall haben wir dem Arbeitersekretär und dem Gewerkschaftskartell übergeben. Der Sekretär ist bei dem Meister vorstellig geworden und er hat erreicht, daß der Geselle jetzt einen Wochenlohn von 50 000 Mk. bekommt, auch ist seine Arbeitszeit auf acht Stunden gezegelt worden. Die Behandlung sollte auch besser werden. Der KJ. ist es gelungen, den jungen Arbeiter in der Gewerkschaft zu organisieren, ebenso hat er sich der KJ. Piesteritz angeschlossen.

Die Möbelfabrik Quilitzsch in Bitterfeld ist uns schon mehrmals als „Musterbetrieb" gemeldet worden. Jetzt hat sich die Firma wieder ein besonders starkes Stück geleistet. Nach dem letzten Generalstreik hat sie neun Lehrlinge in der brutalsten Weise aufs Pflaster gesetzt, weil sie es gewagt haben, sich dem Kampf der Gesamtarbeiterschaft anzuschließen. In den Augen des Herrn Quilitzsch ist es ein großes Verbrechen, wenn Lehrlinge um bessere Verhältnisse kämpfen wollen. Denn Herr Quilitzsch ist „Demokrat", und noch bei der letzten Wahlkampagne hat er seine Lehrlinge zur Verbreitung von Flugblättern und Stimmzetteln der demokratischen Partei mißbraucht. Die Lehrlinge werden jetzt sicher überzeugte Anhänger der Demokratie sein, in der sie wohl gut genug sind. Handlangerdienste gegen ihre eigene Klasse zu leisten, in der sie aber niemals den Kampf ihrer Klassengenossen unterstützen dürfen. Sie werden dafür sorgen, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in der solch famosen Demokraten das Handwerk gelegt wird.

Kampffonds der Kommunistischen Jugend

4. Quittung

Bereits quittiert: 472 030 Mk.; Ortsgruppe Landsberg 25 650 Mark, Ortsgruppe Friedersdorf, öffentliche Versammlung 40 000 Mark, Ortsgruppe Altranftädt 27 600 Mk., Ortsgruppe Merseburg 35 500 Mk., Ortsgruppe Gr.-Kayna 320 000 Mk., Ortsgruppe Uftrungen 100 000 Mk., Ortsgruppe Bennungen 20 000 Mk., Ortsgruppe Kelbra 20 000 Mk., UBL. Torgau-Liebenwerda 110 455 Mk., Ortsgruppe Hohenleipisch 105 000 Mk., Ortsgruppe Völlberg 200 000 Mark, Ortsgruppe Seeben 400 000 Mk.; zusammen 1 876 235 Mk.

Genossen, sammelt tüchtig für den Kampffonds weiter!

Siavus

7] Siebzehn Geschichten von **Maria Szucsich**

In den Hütten dunkelte es früh, die Schatten brandeten gegen die Armen und erweckten in ihnen traurige Gedanken. Sie sehnten ihren Märchenerzähler, Siavus, herbei. Da erschien er auch schon. Kaum hatte er sich in ihrem Kreise niedergelassen, da trat ein weinender Mann zur Tür herein. Siavus ging auf den Mann zu und fragte ihn:

„Warum weinst Du?"

„Ich weine, weil ich unwürdig behandelt wurde."

„Erzähle, was sich ereignet hat!"

„Ich stand seit langen Zeiten im Dienst eines Handelsmannes. Eines Tages sprach mein Herr zu mir:

„Ich bedarf Deiner nicht mehr, Du kannst gehen!"

„Aber Herr" — erwiderte ich — „ich habe für Dich doch immer fleißig gearbeitet. Mit meiner Arbeit habe ich Dein Vermögen vermehrt, während ich mir selbst nichts erwarb."

Mein Herr staunte:

„So? Du hast mein Vermögen vermehrt? Ich war stets der Meinung gewesen, daß Du mein schlechtester Diener bist. Und gerade deshalb bedarf ich Deiner nicht mehr!"

Und nun bin ich unter Ach, arm und elend. O, sage mir, Siavus, was unterließ ich in meinem Dienst, daß der Herr niemals meinen Fleiß bemerkte?"

Die Zuhörer blicken auf Siavus, und dieser begann zu erzählen:

Vom Schmeicheln und von der Demütigung

„Ich schlenderte durch die Straßen, blieb vor dem Palast des Schahs stehen und gaffte. Während ich dort stand und Maulaffen feilbielt, öffnete sich das Tor des Palastes, durch das die Diener des Schahs einen bejahrten Mann auf die Straße warfen. Der Mann purzelte über die Treppen, hielt aber selbst in seinem Sturz schützend sein Bündel, während aus seinen Augen Flammen schossen. Ich ging zu ihm hin, half ihm, sich von der Erde zu erheben:

„Dir haben sie übel mitgespielt, wiewohl ich sehe, daß Du ein ungewöhnlicher Mensch bist, schießen doch aus Deinen Augen Flammen. Was birgt Dein Bündel, daß Du es so sorgsam hütest?"

Meine Fragen gaben dem Manne die gute Laune wieder, er legte sein Bündel auf die Erde und stellte dessen Inhalt auf ein ausgebreitetes Tuch. Es waren dies winzige Räder, die von Riemen zusammengehalten wurden, Glaskugeln, in denen Wasser kochte, doch stieg die Dampfwolke des Wassers nicht zum Himmel empor, sondern klammerte sich in die Räder und drehte diese. Mit den Rädern trieb er Mühlen, oder auf der Erde dahinrollende Wagen, doch hatte er auch solche Wunderdinge, die er zum Himmel aufsteigen lassen konnte. Die Mühlen mahlten, die Wägelchen rollten, die beflügelten Wunderdinge flogen.

„Woher brachtest Du diese wunderbaren Dinge?" — überströmte ich vor Staunen, zu ihm mit großer Ehrfurcht aufblickend.

„Ich habe sie selbst erfunden."

„Und was wolltest Du mit ihnen beim Schah?"

„O, frage mich lieber gar nicht, Du mein teilnahmsvoller Freund! All diese Wunderdinge habe ich deshalb erfunden, um durch sie die Gunst des Schahs zu gewinnen. Als ich jedoch vor seinem Antlitz erscheinen wollte, ließen mich die Diener nicht vor. Da erhob ich laut meine Stimme und forderte Einlaß. Der Schah vernahm den Lärm, kam aus seinen inneren Gemächern herbeigeeilt. Er sah meine flammenden Augen und fragte mich gnädig:

„Was suchst Du, schäbiger Mann, in meinem Palast?"

„O Schah! Ich möchte Deine Gunst gewinnen, denn ich weiß, daß sich in meinem Besitz die größten Wunder befinden können, ich sie aber zu Deiner Freude und zur Freude der anderen nicht verwirklichen kann, solange mir Deine Gunst versagt ist! Sieh her und staune!"

Ich öffnete mein Bündel und zeigte ihm die wunderbarsten Dinge. Er jedoch staunte nicht, sondern fragte:

„Weißt Du denn nicht, daß ich der Schah bin?"

„Ich weiß es, o Schah!"

„Wenn Du es weißt, so erwirb Dir zuerst meine Gunst!"

„Schah" — sprach ich — „wodurch vermöchte ich mir besser Deine Gunst zu erwerben, als durch die Arbeit meines Lebens? Erfahre es: Meine Wunderdinge sind die Frucht dreißig schwerer Jahre, das Ergebnis eines dreißigjährigen Kampfes."

Aergerlich wies er mich ab:

„Reize mich nicht durch Deine Starrköpfigkeit! Erwirb Dir meine Gunst, dann werde ich sehen, was ich von Dir zu halten habe."

Sein Hochmut erboste mich:

„Du müßtest mich neben Dich an die Seite Deines Thrones setzen, mich derart ehren!"

Meine Worte erzürnten ihn so sehr, daß er mich aus dem Palast werfen ließ."

Der Mann blickte mich verzagt und ratheißend an:

„Rate mir, was muß ich tun, um die Gunst des Schahs zu gewinnen? Denn ohne seine Gunst vermag ich meine Erfindungen nicht zu verwerten."

Ich jedoch gab ihm keinen Rat, sondern sagte:

„Wir wollen den Weisen des Landes befragen, auf welche Art Du die Gunst des Schahs zu gewinnen vermöchtest?"

Und so machten wir uns denn auf den Weg zu dem Weisen des Landes. Der Weise wohnte in einem Marmorpalast, gleich dem Schah. Wir wurden langmächtig nicht vorgelassen, und aus den Augen meines Begleiters begann abermals die Empörung in Flammen zu schießen:

„Wohnen denn in diesem Lande die Götter, daß wir überall wie ausgestoßene Bettler warten müssen?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230830-11/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. **Bezugspreis** frei Haus 16.—31. Aug. 385 000 M., durch die Post 385 000 M. ohne Zustell.-Gebühr. **Druck u. Verlag:** Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle. Leichenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. **Schriftleitung:** Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 65000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 400000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto Leipzig 10684S. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 50 000 Mk. — **Donnerstag, den 30. August 1923** — **3. Jahrgang Nr. 202**

Der neue Noskekurs gegen das Proletariat

Haftbefehl gegen die Bezirksleitung der Berliner KPD.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 30. August.

Gestern morgen wurden weitere Mitglieder der Berliner Bezirksleitung unserer Partei verhaftet, und zwar die Genossen Schumacher und Kleinschmidt. Außerdem stellte sich heraus, daß gegen sämtliche anderen Mitglieder der Bezirksleitung mit Ausnahme derjenigen, die Inhaber von Abgeordnetenmandaten sind, Haftbefehle vorliegen. So erschien die Polizei gestern morgen bei dem Brandenburger Sekretär, Genossen Nawrocki, bei dem Kassierer der Berliner Organisation, Genossen Gohlke, bei dem Sekretär der Kommunistischen Jugend Groß-Berlins, Genossen Blenkle, um sie festzunehmen. Auch die Genossin Ruth Fischer wurde gesucht, wobei die Beamten einen Haftbefehl vorzeigten. Es befinden sich nunmehr insgesamt in Haft die Genossen Pfeiffer, Grylewicz, Redetzki, Schumacher, Kleinschmidt, Torgler und Genosse Jansen, der ebenfalls gestern verhaftet wurde.

Die Verhaftungen sind auf Denunziationen des „Vorwärts" zurückzuführen. Erst nachdem der „Vorwärts" Namen angab, die die Morgen-Ausgabe brachte, wurde der Haftbefehl gegen die noch auf freiem Fuß befindlichen Genossen erlassen.

Am kommenden Montag treten der Berliner Magistrat und die Stadtverordneten zu einer Sitzung zusammen. Man will verhindern, daß die kommunistischen Stadtverordneten an dieser Sitzung teilnehmen können. Den Bürgerlichen und Sozialdemokraten sind die Vertreter des Proletariats nicht willkommen.

Bei den Beschlagnahmen im Berliner Bureau in der Münzstraße hat man übrigens nahezu das ganze Bureau ausgeräumt. Sogar das Material, das dort noch von der alten USP.-Betriebsrätezentrale aus den Jahren 1919 und 1920 aufbewahrt wurde, ist beschlagnahmt worden. Die Polizisten nahmen einfach jedes Stück Papier mit, auf dem das Wort „Betrieb" in irgendeinem Zusammenhang auftauchte.

Natürlich ist es der Polizeiaktion nicht gelungen, auch nur eine Minute die Tätigkeit unserer Berliner Organisation lahmzulegen. An die Stelle der Verhafteten treten andere und jeder Genosse arbeitet doppelt, um dafür zu sorgen, daß das neue Noske-System sich noch schneller totläuft als das Noske-System Nr. 1 im Jahre 1919.

•

Nach den ersten Plänkeleien, den Verboten und Schikanierungen der kommunistischen Presse geht jetzt die Regierung Stresemann-Hilferding-Sollmann-Robert Schmidt im Bunde mit dem preußischen Minister Severing und dem sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten Richter zum Generalangriff gegen die KPD. vor.

„Ein Schlag gegen die KPD.!" schreibt die „Deutsche Allgem. Ztg." heute morgen. Das Stinnesorgan jubelt über die neueste Heldentat Severings. An dem Erfolg des Generalstreiks, an der Tatsache, daß die revolutionäre Bewegung wächst, daß die Betriebe rebellisch sind und daß die KPD. mit ihrer ganzen Kraft bei den Massen steht, um wie 1918 den Kampf der hungernden Massen aus den Betrieben heraus zu organisieren, daran ist zwar nichts zu ändern. Aber einen Trost hat das kapitalistische Ausbeutergesindel: Severing, der Minister der Stinneskoalition, erweist sich als zuverlässig. Die kapitalistischen Beutegeier schnauben nach Rache für den Generalstreik, sie verlangen, daß die Bewegung der Großbetriebe erstickt werde. Sollmann und Severing willfahren ihnen. Die Verhaftung der Mitglieder der Berliner Bezirksleitung ist eine neue Gewalttat zur Durchführung des Stinnesprogramms in den Betrieben.

Noske hat nicht umsonst gearbeitet. Sein „Geist" und seine Methoden regieren die Stunde. Die brutale Gewalt will wieder ihre Orgien in der Unterdrückung der hungernden und revoltierenden Massen feiern, die sich in unüberwindlicher Zahl um die hochwehende Fahne des Kommunismus scharen.

Ihr zwingt uns nicht! Alle Verhaftungen und Verbote der letzten Tage werden gegen die Schergen der kapitalistischen Koalitionsregierung mit ihren sozialdemokratischen Handlangern der Bourgeoisie ausschlagen.

Man will den Kern der revolutionären Arbeiterbewegung, die Betriebsräte, lahmlegen. Es macht den heutigen Gewalthabern nichts aus, daß die Betriebsräte durchaus legale verfassungsmäßige Organe sind. Dennoch sucht man die Zusammenfassung ihrer oppositionellen Elemente zu verbieten.

Wir wissen, daß alles, was bisher gegen die oppositionelle Betriebsrätebewegung unternommen wurde: das Verbot des Reichsausschusses und des Berliner Fünfzehner-Ausschusses, die Beschlagnahmungen der „Roten Fahne", der „Jungen Garde", die Verbote der „Hamburger Volkszeitung", der Magdeburger „Tribüne", der Niedersächsischen und der Schlesischen „Arbeiterzeitung" sowie die Massenverhaftungen führender Kommunisten und Betriebsräte nur ein Vorspiel ist. Aber mögen Sollmann und Severing ihre Schergen wüten lassen, wie sie wollen. Mag man angebliche „Organisationspläne" veröffentlichen, mag man mit von Fälschungen strotzenden Schriftstücken, die den Stempel der Spitzelarbeit an der Stirn tragen, jonglieren, mag man noch so gemeine und brutale Mitel gegen die Kommunisten anwenden: die Kommunisten und die Massen in den Betrieben lassen sich nicht verblüffen.

Dem Zusammenbruch der Wirtschaft, der Not der Massen können auch die Sozialdemokraten mit Noske-Methoden gegen die revolutionäre Massenbewegung nicht Einhalt kommandieren. Hilferding kann wohl viel versprechen, aber nichts halten. Das ist heute schon bewiesen.

Stand der Dollar beim Antritt der Stresemann-Hilferding-Regierung auf drei Millionen, so steht er heute auf über acht Millionen. Kostete ein Brot 32 000 Mk., so jetzt 320 000 Mk. Ein Pfund Butter stieg von eine Million auf zwei Millionen. Ein Zentner Briketts von 1,7 Millionen Mark auf 3 Millionen Mark. Die Inflation geht weiter. Von 100 Mk. Ausgaben sind 1,5 Mk. durch Einnahmen, 0,7 durch laufende Einnahmen gedeckt, während selbst bei der Cuno-Regierung 2 Mk. gedeckt waren. Die schwebende Schuld verdreifachte sich in zehn Tagen.

Gegen die Not, gegen den Hunger und Zusammenbruch müssen die Arbeiter sich wehren. Wir wissen, daß es dabei ums Ganze geht. Die offizielle VSPD.-Führung ebenso wie der ADGB. werden weiterhin den Kettenhund der Bourgeoisie spielen — wir haben aus den Vorgängen der letzten Zeit hinreichend gelernt, jeder Situation gegenüber gewappnet zu sein.

Das revolutionäre Proletariat wird sich auf seinem revolutionären Vormarsch nicht irre machen lassen. Die Kommunistische Partei wird sich in jeder Situation taktisch so einstellen und stark zu machen [illegible]ssen, wie es unser Ziel erfordert, dem wir viel- [illegible] möchte. Wir warten [illegible] pelten und verzehn- [illegible] ch Klugheit und Be- [illegible] gehen lassen. [illegible] rade jetzt die Inter- [illegible] gten und kämpfenden [illegible] chen Banner! Blickt [illegible]

[illegible] sterländle

[illegible] heim, 29. August. [illegible] Polizeiminister Soll- [illegible] und ihre Hatz auf [illegible] egierungsgewaltigen [illegible] Vor kurzem hat er [illegible] ssuchen lassen. Nun [illegible] sten geführt, um zu [illegible] rn, Preußen in der [illegible] **wurden unsere Ge-** [illegible] **r politischen Polizei** [illegible] **und in das Amts-** [illegible]

[illegible] men worden **wegen** [illegible] **blik!** Die drei Ge- [illegible] r KPD. in Karls- [illegible] ber den Ausbau der [illegible] daß der faszistische [illegible] tät ebenbürtig ist.

[illegible] genossen

[illegible] **Essen, 30. August.** [illegible] t das Mitglied der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Joseph Ferry, verhaftet und eingesperrt.

Der Bezirkssekretär der KPD. Bremen verhaftet

(Eig. Drahtm.) **Bremen, 30. August.**

Der Genosse König, Bezirkssekretär der KPD., Bremen, wurde ohne Angabe von Gründen in seiner Wohnung verhaftet. Einige Stunden nach der Verhaftung Königs wurde im Bezirkssekretariat der KPD. durch Kriminalbeamte eine Haussuchung abgehalten. Die Kriminalpolizei hatte den Auftrag, die Plakate „Rettet Deutschland!" zu beschlagnahmen. Sie konnte aber keine finden und mußte unverrichteter Sache wieder abziehen.

Das Brot wird noch mehr verteuert

(Eig. Drahtm.) Berlin, 29. August.

Die Reichsgetreidestelle hat die Tonne Getreide auf 40 Millionen Mark ab 3. September erhöht. Ab 3. September wird daher eine gewaltige neue Erhöhung des Markenbrotes eintreten. Die amtliche Mitteilung versucht sich orakelhaft über die Höhe auszudrücken und erklärt, daß das Markenbrot die Hälfte des Preises des markenfreien Brotes vom 22. August kosten wird. Das ist jedoch schon jetzt der Fall. Die amtliche Meldung stellt also eine Irreführung dar.

Neue Milliardenhausse

Berlin, 30. August.

Am gestrigen Tage fand sowohl auf dem Devisen- wie auf dem Effektenmarkt eine neue Milliardenhausse statt. Der Dollar stieg auf über acht Millionen Mark, trotz Abgaben der Reichsbank. Nur 5 Prozent der gehandelten Devisen konnten zugeteilt werden.

Auf dem Effektenmarkt stiegen die einzelnen Papiere in Minuten um Beträge, die 10 bis 15 Arbeiter in einer Woche verdienen. So stiegen Essener Steinkohlen um 440 Millionen, Harpener um 180 Millionen.

10 Uhr vorm.: Dollar 10100000 Mk.

Die Diktatur der großkapitalistischen Minderheit

xyz. Die Regierung Stresemann-Hilferding hat sich offen zu diktatorischen Maßregeln bekannt. Diese Offenheit begrüßen wir Kommunisten. Daß nur noch diktatorische Maßregeln das Volk vor dem Zusammenbruch retten können, darüber gibt es von der äußersten Rechten bis zur Linken, bis zu uns, den Kommunisten, keinen Streit mehr.

Aber wozu die Diktatur? Und wessen Diktatur?

Die Regierung Stresemann-Hilferding hat prahlerisch diktatorische Maßregeln angekündigt gegen das Großbürgertum, das durch beharrliche Steuersabotage den jetzigen Ruin der Staatsfinanzen, der Mark, der ganzen Wirtschaft verschuldet hat.

Die Regierung Stresemann-Hilferding hat noch keine einzige diktatorische Maßregel gegen Großkapital und Großgrundbesitz ergriffen. Keine Konfiskation der Devisen — „freiwillige" Ablieferung unter eidesstattlicher Versicherung.

Inzwischen sinkt die Mark weiter ins Bodenlose, steigen alle Preise, voran Kohle und Eisen, die Monopolprodukte der großen kapitalistischen Konzerne.

Und inzwischen legt das Großkapital brutal Tausende von Betrieben still oder macht Kurzarbeit, um Steuern, Löhne und Gehälter zu sabotieren und die arbeitenden Klassen durch Hunger zur unbedingten Unterwerfung zu zwingen.

Keine Konfiskation von Lebensmitteln — indessen die Lebensmittelpreise täglich, ja, stündlich höher klettern!

Grenzenlose Diktatur des großindustriellen und großagrarischen Wuchers!

Diktatorische Maßregeln nur gegen die Arbeiterklasse, gegen die Klassenorgane, die Betriebsräte, die Kontrollausschüsse, die proletarischen Abwehrorganisationen, gegen die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunisten, gegen ihre Presse, gegen ihre Funktionäre, gegen ihre Mitglieder.

Fast tägliche Polizeiüberfälle und Beschlagnahme der „Roten Fahne" und anderer Blätter der KPD.

Täglich Haussuchungen und Verhaftungen von Vertretern der oppositionellen Betriebsräte und der Kommunistischen Partei.

Ganz eindeutig: Diktatur gegen die Arbeiterklasse! Ganz eindeutig, aber keineswegs offen, sondern feige, kleinlich-verlogen, hinterhältig.

Sie nennen es Diktatur innerhalb der Grenzen der Verfassung.

Die Verfassung, das ist der § 48, der die Verfassung außer Kraft setzt, der den Reichspräsidenten ermächtigt, zu „verordnen", was ihm beliebt. Der vermittelst des Reichspräsidenten die schwerindustrielle Räuberbande und ihre faszistischen Landsknechte, der die Seeckt und Geßler mit diktatorischer Gewalt gegen die Arbeiterklasse versieht.

Der Faszismus braucht die Macht nicht erst zu ergreifen, er hat sie schon zu Dreivierteln; unter dem Feigenblatt der verfassungsmäßigen Diktatur werden seine Befehle ausgeführt.

Verfassungsmäßige Diktatur . . . die heuchlerische, sich selbst verleugnende Dreiviertelsdiktatur gegen die Arbeiterklasse, die der vollen Rechtsdiktatur nur noch einen Viertelschritt zu tun übrig läßt, die sie vorbereitet, organisiert, provoziert, unvermeidlich macht.

Die Heuchelei, die perfide Heimtücke — das ist der sozialdemokratische Anteil an der Diktatur, das ist der Charakterzug jenes Austromarxismus, der in Gestalt Rudolf Hilferdings die Befehle des Großkapitals ausführt und sie zugleich der sozialdemokratischen Arbeiterschaft demokratisch verbrämen muß.

„Verankerung der Räte in der Verfassung", hieß es einst.

„Verankerung der kapitalistischen Diktatur in der Verfassung", heißt es jetzt.

Keine Aufhebung der Pressefreiheit, kein Presseverbot — dafür tägliche Polizeiüberfälle und Beschlagnahmen ohne Begründung — es sei denn die [illegible] und die Paragraphen, die die Pressefreiheit aufheben. Keine Vorzensur, aber der Versuch, sie mit der [illegible] in der Hand zu erpressen.

Kein Verbot der Betriebsräte — aber das für die oppositionellen Betriebsräte, sich zu organisieren.

Die Betriebsräte, die die kapitalistische Diktatur nicht anerkennen, stehen außerhalb der Verfassung.

Die Betriebsräte, die nicht willig und gehorsam sind den [illegible]-bureaukratischen Kettenhunden der Bourgeoisie — für [illegible] Versammlungs- und Vereinsrecht aufgehoben.

[illegible] Diktatur der Mehrheit!"

[illegible] zehnmal notwendig, aber welche freche Lüge, die Diktatur Stresemann-Stinnes gegen die Arbeiterklasse dafür ausgeben zu wollen.

Wer steht hinter dieser Regierung?

Eine Parlamentsmehrheit von 1920, die längst eine Volksminderheit geworden ist, wie der Sturz Cunos bewiesen hat, den nicht das Parlament, sondern das arbeitende Volk auf der Straße gestürzt hat.

Eine Parlamentsmehrheit, die also von der Volksmehrheit bereits verworfen ist.

Eine Parlamentsmehrheit, die die Cuno-Politik solange mitgemacht hat, ausschließlich der Sozialdemokratie, bis aus der Tiefe ein Donnergrollen ertönte. Eine Parlamentsmehrheit also, die nur noch ein lebender Leichnam ist.

Eine Parlamentsmehrheit zudem, deren Parteianhänger gegen ihre Parteien rebellieren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230830-11/fragment/page=0007